

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Ostpreußen, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark des Monats.

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage 'Koll und Feit' sowie den Beilagen 'Unterhaltung und Witz', 'Aus der Welt', 'Frauenzimmer', 'Der Kinderfreund', 'Jugend-Vorwärts' und 'Blid in die Blüherwelt' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Mittwoch, den 10. November 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3  
Vertriebsleiter: Berlin 37 334 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 45; Disconto-Gesellschaft, Postfach 100, Berlin 1.

Anzeigenpreise:

Die einseitige Anzeigenpreise 80 Pfennig, Restausgabe 5.- Reichsmark. 'Kleine Anzeigen' das letztgedruckte Wort 25 Pfennig (außer zwei letztgedruckte Worte). Jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gestrichen von 1 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Kampf um die Erwerbslosenunterstützung.

Neuer Antrag der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Verordnung der Regierung, die die Höhe der Erwerbslosenunterstützung um 10 Proz. für die Hauptunterstützungsempfänger, um 15 Proz. für die Alleinlebenden erhöht, wird heute erlassen und tritt sofort in Kraft. So unzureichend die Erhöhung auch ist, so ist auch sie nur auf das Betreiben der Sozialdemokratie zurückzuführen.

Inzwischen hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, wie schon gestern früh hier angekündigt wurde, beschlossen, ihre Aktion fortzusetzen. Sie wird schon heute zu der loben erlassenen Verordnung folgenden Antrag einbringen:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ermahnen:

1. Die Verordnung betreffend Erwerbslosenfürsorge vom 9. November 1926 dahin abzuändern, daß die Bezüge der Hauptunterstützungsempfänger um 30 Proz. (statt um 15 bzw. 10 Proz.), die Familienzuschläge um 20 Proz. erhöht werden.

2. Zur Deckung der dadurch entstehenden Mehrausgaben ist erforderlichenfalls die durch die 14. Notverordnung über die Börsenumsatzsteuer (Ermäßigung von Steuern) vom 29. April 1926 eingetretene Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer aufzuheben.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat damit bewiesen, daß sie ihrer Verantwortung sich voll bewußt ist. Sie stellt nicht nur Forderungen, sondern sorgt auch für die Deckung. Sollte der neue Antrag verschleppt, abgelehnt oder nach der Annahme nicht durchgeführt werden, so würden dafür die bürgerlichen Parteien und die Regierung die Verantwortung zu tragen haben.

Der Rest der Anträge zur Erwerbslosenfürsorge wurde auf eigenartige Weise erledigt, da sich nur Sozialdemokraten und Kommunisten an den Abstimmungen beteiligten. Die Deutschnationalen enthielten sich aus taktischen Gründen, die Mittelparteien taten dasselbe, weil sie mit Rücksicht auf die angeforderten Regierungsvorlagen Aufhebung der Anträge von der Tagesordnung beantragt hatten, diese aber gegen die Rechte und die Linke nicht durchsehen konnten.

Für einen kommunistischen Antrag, dem Arbeitsminister Dr. Brauns ein Mißtrauensvotum auszustellen, stimmten nur die Antragsteller. Die Deutschnationalen enthielten sich. Mittelparteien und Sozialdemokraten stimmten dagegen. Wenn die Sozialdemokraten es für notwendig halten, einen Minister oder eine Regierung zu stürzen, so stellen sie die entsprechenden Anträge selbst, zuvor aber überlegen sie, was daraus wird. Wäre der Mißtrauensantrag gegen Brauns angenommen worden, so hätten die Arbeitslosen deswegen keinen Pfennig mehr bekommen, viel eher bestand dann die Gefahr, daß selbst die neue Verordnung mit ihren zu geringen Verbesserungen zurückgezogen worden wäre; dann hätten die Arbeitslosen nicht einmal das wenige bekommen, was ihnen die Verordnung zugesichert.

Die Sozialdemokratie bleibt bei ihrer Taktik, aus der Regierung und den bürgerlichen Parteien im Sinne ihrer Forderungen soviel herauszuholen, als möglich ist. Ob die Herbeiführung einer Regierungskrise die Aussicht auf Erfüllung ihrer Forderungen verbessert, kann nur unter Berücksichtigung der politischen Gesamtlage von Fall zu Fall entschieden werden.

Kommunisten und Bötsche hatten gestern im Reichstag noch zwei Mißtrauensanträge eingebracht, diesmal gegen die Gesamtregierung. Vor der Abstimmung über die noch ausstehenden Anträge des sozialpolitischen Ausschusses zur Erwerbslosenfürsorge nimmt das Wort

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns:

Wie bereits gestern angekündigt worden ist, ist die Reichsregierung sofort zusammengetreten, um ihr weiteres Vorgehen in der Frage der Erwerbslosenfürsorge zu beraten. Bestimmend für die Stellung der Regierung waren folgende Gesichtspunkte: die Reichsregierung ist ermächtigt, die Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge an die wechselnden wirtschaftlichen Verhältnisse anzupassen und dabei den Reichstag zu hören. Sie hat bisher stets dabei mit dem Reichstag und mit dem sozialpolitischen Ausschuss und mit dem Hauptausschuss vor ihren wichtigsten Beschlüssen Stellung genommen. Das ist auch diesmal in ausgiebigen Beratungen geschehen. Das endgültige Ergebnis dieser Beratungen ist in den von den Regierungsparteien vorgeschlagenen Erhöhungen zu sehen. Auf demselben Boden hat sich auch der Haushaltsausschuss gestellt. Der sozialpolitische Ausschuss hat großen Wert darauf gelegt, die neuen Unterstützungssätze in dieser Woche in Kraft treten zu lassen. Nach den gestrigen Parteierklärungen steht fest, daß es sich bei den gestrigen Beschlüssen zum Teil um taktische Abstimmungen gehandelt hat und daß tatsächlich eine Mehrheit des

Reichstags für die gestern beschlossene Erhöhung um 30 Proz. für die Hauptunterstützungsempfänger und um 20 Proz. für die Familienzuschläge nicht vorhanden ist. Auf Grund dieser Zusammenhänge hat sich die Reichsregierung entschlossen, an der dem Reichsrat bereits unterbreiteten Vorlage im Einklang mit den Regierungsparteien und den Beschlüssen des Ausschusses festzuhalten, und im Wege der Verordnung die Unterstützungssätze um 15 und 10 Proz. zu erhöhen.

Heute vormittag haben die Reichsratsausschüsse dem Vorschlag der Regierung ihre Zustimmung erteilt und daraufhin ist die Verordnung heute mittag mit mir vollzogen worden. (Hört! hört! bei den Kommunisten.) Nur so ist zu erreichen, daß die Arbeitslosen noch in dieser Woche in den Genuss der erhöhten Unterstützung kommen. Gleichzeitig soll der volle Zuschlag auch für das vierte Kind gezahlt werden. Die neuen Losen werden vom Reich getragen. Darüber hinaus ergreift die Reichsregierung die Initiative, um im Sinne der Anträge der Regierungsparteien folgende Aufgaben teils gesetzlich, teils durch Verordnungen und Ausführungsbestimmungen zu lösen:

Mussolinis neuester Gewaltstreich.

Alle Oppositionsabgeordneten ihrer Mandate beraubt.

Rom, 9. November. (W.B.) Die Kammer nahm den Antrag Turatis an, der die Abgeordneten der Avenin-Opposition und die Kommunisten ihres Mandats verlustig erklärt.

Ueber keinen noch so empörenden Gewaltstreich Mussolinis darf man sich mehr wundern. Man muß sich darauf beschränken, den jeweiligen Zweck zu enthüllen. Daß dieser neue Beschluß der Verfassung ins Gesicht schlägt, versteht sich von selbst. Die italienische Verfassung besteht zwar noch immer, aber kein Mensch kümmert sich mehr um sie, am allerwenigsten der Schattenkönig Viktor-Emanuel, der bei seiner Thronbesteigung geschworen, sie zu schützen.

Das Ziel, das Mussolini durch den gestrigen Beschluß der Kammer verfolgt, ist ganz klar: er will die Möglichkeit haben, die nicht-faschistischen Abgeordneten jederzeit zu verhaften, vor das Standgericht zu stellen und sie durch dieses willkürliche Parteiinstrument zum Tode oder zu Zuchthausstrafen bis zu 30 Jahren zu verurteilen. Da den Führern der Opposition außerdem verboten wird, Stößen zu verlassen, sichert sich Mussolini zugleich einige hundert prominente Geiseln, mit denen er anfangen kann, was ihm beliebt. Man muß damit rechnen, daß mit den Verhaftungen schon in den nächsten Tagen begonnen wird. Eine Proskriptionsliste ist bereits, wie uns von der italienischen Grenze zuverlässig berichtet wird, schon fertig, die zunächst mehr als 100 Namen enthält, darunter Senator Graf Sforza, Senator Albertini, die Schriftsteller Benedetto Croce und Bracco, der sozialistische Abgeordnete und Rechtsanwalt Gonzales usw. usw.

Der gestrige Beschluß der Faschistenkammer betrifft nicht nur die Sozialisten, Maximalisten und Kommunisten, sondern auch die Demokraten, die Republikaner, die Katholiken und sogar den größten Teil der Liberalen, denn auch letztere hatten zuletzt unter Führung Giolittis der Avenin-Opposition angehört. Damit werden die Schwarzgehenden in dieser Karikatur eines Parlaments ganz unter sich sein.

Der Verlauf der Sitzung.

Rom, 9. November. (E.P.) Zur außerordentlichen Kammeritzung für die Annahme des Gesetzes über die Todesstrafe erschienen alle faschistischen Abgeordneten heute auf Befehl des Generalsekretärs der Partei im Schwarzhemd.

Vor der Sitzung ereigneten sich in den Wandelgängen einige Zwischenfälle mit oppositionellen Abgeordneten, u. a. wurde der maximalistische Abgeordnete Bazzari gezwungen, sofort das Parlamentsgebäude zu verlassen. Die Tribünen waren bei Beginn der Sitzung dicht besetzt. In der Diplomatenloge waren zahlreiche ausländische Vertreter anwesend. Mussolini wurde mit einer stürmischen, nicht endenwollenden Ovation begrüßt, an der sich auch die Tribünen beteiligten.

Als sich der Beifallssturm gelegt hatte, legte der Kammerpräsident Casertano, diese eindrucksvolle Rundgebung erübrige

Die Regierung will ohne Verzug einen Gesetzentwurf vorlegen, demzufolge die Bezüge aus der Wochenhilfe und Fürsorge nicht auf die Erwerbslosenunterstützung angerechnet werden. Sie wird weiterhin eine Vorlage einbringen, wonach den Erwerbslosen die Anwartschaft auf die Sozialversicherung aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge gesichert wird. Endlich soll durch Gesetz auf dem Wege der Krisenfürsorge den Ausgesteuerten der Fortbezug der Unterstützungen für den Winter gewährleistet werden. Diese Vorlage soll schon am Donnerstag im Reichsrat verabschiedet werden. Durch Verordnung oder Ausführungsbestimmungen soll eine gleichmäßige und entgegenkommende Durchführung der Bedürftigkeitsprüfung sichergestellt und verhindert werden, daß Arbeitsstellen mit fortlaufender voller Arbeitsfähigkeit auf dem Wege der Pflichtarbeit besetzt werden. Endlich wird die Reichsregierung entsprechend den Anträgen der Regierungsparteien die berufliche Fortbildung der erwerbslosen Jugendlichen fördern. Die Regierung hält an ihrer bestehenden Stellung zur Sozialpolitik fest und wird daraus alle Konsequenzen ziehen. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

jede Rede. Die historische Stunde erfordert zudem nicht Worte, sondern Taten. Ich lade sie ein, den Ruf zu wiederholen: 'Es lebe Mussolini, jetzt und immer!' Mussolini dankte dem Präsidenten und der Kammer.

Hierauf verlas der Kammerpräsident den von Turati eingebrachten Antrag, wonach die Aveninabgeordneten ihrer Mandate für verlustig erklärt werden, und fügte hinzu: Ueber die verlangte sofortige Behandlung müsse geheim abgestimmt werden, was auch sofort geschah.

Mit 293 gegen 10 Stimmen

wurde beschlossen, sofort in die Beratung des Antrages einzutreten. (Die Gesamtzahl der gewählten Abgeordneten beträgt 510! Red. d. B.) Der Justizminister Rocco brachte den Gesetzentwurf über die Einführung der Todesstrafe und die anderen Bestimmungen zur Verteidigung des Staates ein.

Es wurde mit 295 gegen 8 Stimmen die sofortige Behandlung der Anträge beschlossen. Alsdann begann die Diskussion des von Turati eingebrachten Antrags, der ein Verzeichnis der Aveninabgeordneten verlas, denen ihr Mandat entzogen werden soll. Ihrer Haltung seit der Matteotti-Affäre stellte er die Leistungen der Regierung gegenüber und sagte hinsichtlich der Attentate auf Mussolini, der Anschlag des Sozialisten Zaniboni sei aus den Kreisen des Avenin gekommen. (Diese wertlose Behauptung kann er nur wagen, weil die Zensur die Berichte über die Geständnisse Garibaldi unterdrückt hat. Auch Zaniboni ist von Garibaldi im Auftrage Mussolinis gewonnen worden. Red. d. B.) Er betonte zum Schluß, man müsse der Stimme des Volkes Gehör schenken, das unter der Leitung des Duce in Ruhe arbeiten wolle. Mussolini unterstützte diesen Schlußsatz mit den Worten: 'Ich gehe dem Volke voran!' - Die Rede des Kammerpräsidenten wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen, und die Kammer stimmte die Faschistenhymne an. An der Sitzung nahmen außer den faschistischen Abgeordneten die Exminister Salandra, Soleri und Riccio, der liberale Abgeordnete Giovanni und einige andere teil, aber kein Vertreter der Avenin-Opposition, und kein Kommunist.

Auch die Schandgesetze genehmigt.

Ein Rückzug vor dem Ausland.

Rom, 9. November. (W.B.) Die Kammer nahm den Gesetzentwurf zum Schutze des Staates bei namenloser Abstimmung mit 341 gegen 12 Stimmen an. Es folgte eine geheime Abstimmung, die 318 Stimmen für und 6 gegen den Entwurf ergab.

Der Artikel, nach welchem ein italienischer Bürger oder ein Ausländer ein von dem Gesetzentwurf vorgesehenes Verbrechen auf ausländischem Gebiet begehen würde, dem Gesetze gemäß im Königreich abgeurteilt werden sollte, obwohl er schon im Auslande abgeurteilt sei, wurde aus dem Text des Gesetzentwurfes entfernt. (Weil ein europäischer Protest gegen diese Völkerverehrung unvereinbar war! Red. d. B.) Der Wiederversammlung der Kammer, die sich darauf vertagte, soll den Abgeordneten in ihren Heimatsorten mitgeteilt werden.

Abg. Dr. Scholz (D. Sp.) begrüßt das Vorgehen der Regierung und beantragt, die Weiterberatung der Anträge zu vertagen, da sie jetzt doch unpraktisch und unzweckmäßig wäre.

### Abg. Müller-Franken (Soz.):

Nach der Erklärung des Reichsarbeitsministers ist es unmöglich, die ganze Angelegenheit zu vertagen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So sehr es anzuerkennen ist, daß er eine ganze Reihe von Vorlagen in Aussicht gestellt hat, so sehr müssen wir doch darauf bestehen, Gelegenheit zu haben, uns auch in anderen wichtigen Fragen zu äußern. Wie können nicht anerkennen, daß die Reichsregierung in der Unterstützungstrage ein Entgegenkommen gezeigt hat gegenüber den Beschlüssen, die gestern die Mehrheit in diesem Hause erhalten haben. Wir können heute keine Anträge zur Abänderung der Verordnung stellen, die uns noch nicht zugänglich gemacht worden ist.

Wir werden aber beantragen, die Verordnung dahin abzuändern, daß die Unterstützungssätze um 30 und 20 Proz. erhöht werden sollen. Die Deckung der Mehrausgaben soll erforderlichenfalls durch die Befreiung der Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer aufgebracht werden.

Auf diesem Wege kann auch die Deckungsfrage gelöst werden. Wer die Spekulationen in der letzten Zeit an den Börsen beobachtet hat, der weiß, daß hier eine Quelle ist, die uns die Mittel zu der Erhöhung gibt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist gefesselt wieder die Behauptung aufgestellt worden, daß unsere Anträge agitatorischen Charakter hätten. Ich will demgegenüber darauf hinweisen, daß in Berlin und Hamburg für einen Mann mit Frau und zwei Kindern jetzt 18,60 M. gezahlt werden, dazu kommen nach der Regierungsverordnung 1,07 M., also 19,73 M., nach unserem Antrag würden es 23,45 M. sein. Im Wirtschaftsgebiet III werden bisher bezahlt 12,72 M., nach der Regierungsverordnung 13,44 M., nach unserem Antrag sollen 15,80 M. gezahlt werden. Ich möchte denjenigen sehen, der angesichts dieser Zahlen den Mut aufbringt zu behaupten, daß unsere Anträge agitatorischen Charakter hätten. Nun eine Antwort zu der sogenannten Ueberzeichnung der Löhne. Meine Fraktion hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeitslosen nicht mehr als die in Arbeit stehenden Arbeiter erhalten haben. Es hat sich aber herausgestellt, daß die Gemeinden heute schon in der Lage sind, Vorsorge dafür zu treffen, daß diese Ueberzeichnung nicht eintritt. Wir sind auch dazu bereit, das Nötige dazu zu tun, um das zu verhindern.

Nun zu den Mißtrauensanträgen, die von den Kommunisten und den Völkischen teils gegen den Reichsarbeitsminister, teils gegen die Regierung eingebracht worden sind. Im Namen meiner Fraktion habe ich zu erklären: Wir wählen den Termin selbst aus, an dem wir noch Anträge stellen wollen. In einem allerdings hat der Reichsarbeitsminister recht. Die Verordnung ist in Kraft gesetzt worden, damit die Arbeitslosen wenigstens noch in dieser Woche etwas erhalten. Wenn es nach Ihnen (zu den Kommunisten) ginge, würden die Arbeitslosen überhaupt nichts erhalten. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Auch Abg. Kädel (Komm.) erklärt sich gegen die Verordnung. Der Redner fordert Beseitigung der Reichsregierung und Auflösung des Reichstages.

Nachdem noch Abg. Henning (Völk.) sich gegen die Vertagung ausgesprochen hat,

wird der Vertagungsantrag mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Deutschnationalen und Völkischen abgelehnt.

Abg. Scholz (D. Sp.) erklärt dann im Namen der Regierungsparteien, daß diese sich an der weiteren Beratung dieses Gegenstandes nicht beteiligen werden. Die überlassen die Verantwortung für die eventuell gefassten Beschlüsse der neuen Koalition, die sich anscheinend auf tiefer sachlicher Uebereinstimmung aufbaue. (Große Heiterkeit bei den Regierungsparteien.)

Die sozialdemokratischen Anträge zur Erwerbslosenvorlage werden dann angenommen. Die zweite Lesung des damit verbundenen Gesetzentwurfes wird erledigt, die dritte durch den Einspruch der Regierungsparteien verhindert.

Für das kommunistische Mißtrauensvotum gegen Dr. Braun stimmen nur die Antragsteller, die Deutschnationalen enthalten sich, die anderen Parteien stimmen dagegen. Ueber das völkische Mißtrauensvotum wird am Mittwoch abgestimmt.

Das Futtermittelgesetz wird dem Ausschuss überwiesen. (Weiterer Bericht in der Beilage.)

## Die neuen Erwerbslosen-Unterstützungssätze Nach der Verordnung der Regierung.

In später Abendstunde wird die Regierungsverordnung über die neuen Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge bekannt. Danach soll der Höchstfah in Berlin betragen für die Zeit vom 8. November bis 31. März 1927 für den Wochentag:

- für Personen über 21 Jahre:
  - alleinstehende 2,08 M.
  - nicht alleinstehende während der ersten acht Unterstützungswochen 1,78 M.
  - nicht alleinstehende vom Beginn der neunten Unterstützungswochen ab 1,06 M.
- für Personen unter 21 Jahren:
  - alleinstehende 1,86 M.
  - nicht alleinstehende während der ersten acht Unterstützungswochen 1,08 M.
  - nicht alleinstehende vom Beginn der neunten Unterstützungswochen an 1,19 M.
- als Familienzuschläge für:
  - den Ehegatten 0,55 M.
  - die Kinder und sonstige unterstützungsbedürftige Angehörige 0,39 M.

Einschließlich der Familienzuschläge darf in Berlin die Unterstützung, die ein Erwerbsloser für den Wochentag erhält, in keinem Falle folgende Beiträge (Spitzenhöhe) übersteigen:

- während der ersten acht Unterstützungswochen 3,89 M., also 23,34 M. wöchentlich;
- von Beginn der neunten Unterstützungswochen ab 4,07 M., also 24,42 M. wöchentlich.

Im Sinne dieser Anordnung sind „alleinstehende“ Erwerbslose solche, die weder Familienzuschläge beziehen, noch dem Haushalte eines anderen angehören; „nicht alleinstehende“ Erwerbslose: alle übrigen.

Soweit die Gesamtunterstützung den durchschnittlichen Arbeitsverdienst vergleichbarer Arbeitnehmergruppen erreichen würde, dürfen die Familienzuschläge die Unterstützung, die der Erwerbslose für seine Person erhält (Hauptunterstützung), nicht übersteigen.

Die selbständigen Unterhaltungen, die mehrere in einem gemeinschaftlichen Hausstand lebende Familienmitglieder erhalten, dürfen insgesamt das Zweieinhalbfache der Unterstützung nicht übersteigen, die dem höchstunterstützten Mitglied der Familie für seine Person zusteht. Der Vorstand der Familie gilt im Sinne dieser Bestimmung als ihr Mitglied.

### Um den Achtstundentag.

In der Besprechung mit den Unternehmern, die wir bereits im gestrigen Abendblatt verzeichneten, hat — nach W.B. — die Reichsregierung darauf hingewiesen, daß sie vor eigener Entschließung besonderen Wert darauf lege, diese überaus bedeutungsvollen sozialen und wirtschaftspolitischen Probleme in eingehenden Aussprachen mit den berufenen Vertretern der Unternehmer und Arbeiter einer Klärung nahe zu bringen. Die Unternehmervertreter betonten ihren Willen, zur befriedigenden Lösung der Arbeitszeitfrage beitragen zu wollen, jedoch müsse bei der Regelung der Arbeitszeitfrage auf die noch keineswegs gesicherte allgemeine Wirtschaftslage sowie auf die besonderen Verhältnisse in den einzelnen Wirtschaftszweigen entsprechende Rücksicht genommen werden. Der Reichstagsrat hat die Stellungnahme der Reichsregierung vorbehalten.

Also für die Unternehmer ist die „allgemeine Wirtschaftslage“ noch nicht so, daß man nicht nur den „grundfälligen“, sondern auch den tatsächlichen Achtstundentag einführt. Die Nationalisierung hat zwei Millionen Arbeiter aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet, etwa ebensoviel auf Kurzarbeit gestellt, während ein Teil der Unternehmer noch immer nicht auf Ueberstunden verzichten will. Auf diese unwirtschaftliche Schmutzkonzurrenz soll noch immer Rücksicht genommen werden. Es ist höchste Zeit, daß man so unangebrachte Rücksichten fallen läßt.

### Kulturgegeschichte von heute.

Die Königin von Rumänien, die, wie bekannt, aus äußerst fragwürdigen Gründen in Amerika weilte, hat mit einem Sioux-Indianerhüuptling durch gemeinsame Blutabnahme ein Schutz- und Trutzbündnis zwischen Rumänien und den Indianern geschlossen. Die beiden tranken gegenseitig das abgezapfte Blut aus, zur Betätigung dieses Bündnisses. Der Zweck dieses äußerst historischen, vielleicht besser ausgedrückt: kulturhistorischen Ereignisses ist etwas unklar. Der einjüde, der hier vielleicht tieferen Aufschluß geben könnte, ist leider schon tot: Karl May. Oder sollte die weiße Squaw erst vor ihrer Amerikareise diesen beliebten Autor gelesen haben?

Ganz in der Nähe von diesem Bericht las ich eine Wiener Lokalnotiz: Ein Kindermädchen, das mit zwei ihr schutzbefohlenen Kleinen, einem Jungen von drei Jahren und einem zehn Monate alten Mädchen in Kinderwagen von einem Bierwagen überfahren wurde, hatte so viel Geistesgegenwart und Heldennut, im letzten Augenblick noch den Knaben zur Seite zu schieben und den Kinderwagen im Schwung fortzurollen, wurde aber dadurch verhindert, sich selbst rechtzeitig in Sicherheit zu bringen, und wurde von dem Bierwagen zermalmt.

Ich gebe die Krone, die Leier dafür... und auch Königinnen, die mit Indianern Blutsbrüderschaft trinken.

Eine Rundfrage unter den beliebtesten Filmstars von Amerika hat jüngst viel Interesse erweckt. Die Frage lautete: „Was kann Sie am ehesten nervös machen und aus der Fassung bringen?“

Die Antworten, die einliefen, waren erschütternd. Als Kulturtrojum sei nur die Antwort Tom Mix' wiedergegeben: „Wenn aus meinem breiten Cowboyhut mit mir während einer Filmaufnahme ein wenn auch kleiner Schmutzfleck entdeckt wird, ist's mit der Spielzeit endgültig vorbei. So ein Tag ist für mich verloren!“

Es würde sich verlohnen, die Arbeitslosen aller Länder zu einem gemischten Volkstanz aufzufordern: Sie mögen alle ihre Hüte Tom Mix zur Verfügung stellen. Vielleicht gibt er dann das Filmen auf.

Seit ich diese drei Notizen gelesen habe, pfeife ich auf Kulturgegeschichte der Gegenwart.

Die Königin von Rumänien, die mit ihrem Freund, dem Sioux, Blutsbrüderschaft trinkt, anno 1926, Tom Mix mit dem Fiedel auf dem Cowboyhut, außer Fassung, und das Kindermädchen unter dem Bierwagen...

Ich brauche keine Kulturgegeschichte mehr zu lesen. Das genügt vorläufig.

Die Polarforscher in Berlin. Gestern abend gab die Wissenschaftliche Gesellschaft für Luftfahrt im Flugverbandshaus einen Begrüßungsabend für die internationalen Wissenschaftler, die zu der Tagung der Studiengesellschaft zur Erforschung der Arktis mit dem Luftschiff eingetroffen sind. U. a. sah man Friisjof Ransen und die

### Unbequeme Wahrheiten.

#### Wie steht es mit den Pensionen der alten Kaiserlichen?

Von den Deutschnationalen und den Völkischen wird seit Jahren eine wilde Hege gegen die Republikaner getrieben, von denen angeblich eine große Zahl trotz kurzer Amtsdauer hohe Pensionen bezieht. Die sozialdemokratische Fraktion sah sich unter diesen Umständen zu einem entsprechenden Antrag im Reichstag veranlaßt, der am 15. Dezember 1925 vom Reichstag angenommen wurde und in dem es heißt:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu veranlassen, sobald eine Denkschrift mit einer erschöpfenden namentlichen Uebersicht über die zurzeit laufenden Pensionen und Wartegelder sämtlicher Reichstagsmitglieder, Reichsminister, Staatssekretäre und Generale aller Grade außer Dienst und im einstweiligen Ruhestand vorzuliegen. Aus der Uebersicht sind insbesondere die Höhe der Pension und Wartegelder, die Berechnung und Art der zugrunde gelegten Dienstzeiten, sowie Höhe und Art sonstiger dem Pensions- und Wartegeldberechtigten aus Reichs-, Staats- oder anderen öffentlichen Mitteln zustehenden Bezüge genau ersichtlich zu machen.“

Seit der Annahme dieses Antrages sind mehr als zehn Monate vergangen, ohne daß diese Denkschrift aber dem Reichstoge zugegangen wäre. Da die sachlichen Schwierigkeiten zu ihrer Anfertigung nicht erheblich sind, so kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß es sich bei der Verzögerung um einen offensichtlichen Versuch nationalisistischer Kreise handelt, ihnen unangenehme Wahrheiten zu unterdrücken. Die sozialdemokratische Fraktion hat deshalb, um diese Sabotage zu brechen, im Reichstoge eine Anfrage eingebracht, in der die Regierung gefragt wird, welche Gründe für die Nichterfüllung eines fast einmütigen Verlangens des Reichstages bestehen und ob sie gewillt ist, die Denkschrift dem Reichstoge mit der allergrößten Beschleunigung zugehen zu lassen.

### Ein geheimnisvolles Stresemann-Bild.

#### Und die deutschnationale Reichstagsfraktion.

Ein eigenartiges Geheimzirkular der deutschnationalen Reichstagsfraktion wird vom „Demokratischen Zeitungsdienst“ bekanntgegeben. Darin werden die Fraktionsmitglieder eingeladen, das Atelier eines Meisters Frohne zu besuchen, wo „ein fabelhaftes Bild Stresemanns im Kreise seiner Anhänger in der Wandelhalle des Reichstags“ zu sehen sei. Stresemann selbst lenne das Bild noch nicht, ihm werde nichts anderes übrig bleiben, als es anzulaufen und zu verstreuen, denn wenn dieses „im Stil der neuen Sachlichkeit“ gemalte Bild öffentlich ausgestellt würde, dann würde es „zu einer großen politischen Sensation“ werden.

Uns scheint es sich da weniger um eine „große politische Sensation“, als um eine große Ueberbiertheit zu handeln, vielleicht auch um eine große Klamme, sicher aber um einen Ausdruck des Hasses, mit dem die deutschnationale Fraktion Herrn Stresemann beehrt.

### Zur Frage der Fürstenvermögen.

#### Die Vorgänge vom Jahre 1918.

Zu der Erklärung des Genossen Wolfgang Heine, deren Inhalt wir am Dienstagabend wiedergaben, schreibt uns Genosse Kurt Rosenfeld, daß er seine, in der Funktionärskonferenz gegebene Darstellung in jedem Punkt voll aufrechterhalte. Am 13. November 1918 sei er noch gar nicht Justizminister gewesen und habe damals auch noch seinen Antrag stellen können. Die Bekanntmachung vom 13. November trage daher auch gar nicht seinen Namen. Dagegen sei die Bekanntmachung vom 20. November, die eine Ergänzung der unzureichenden Beschlagnahme vom 13. November darstelle, auf sein Betreiben ergangen und auch von ihm unterschrieben worden.

## Mussolinis doppeltes Gesicht.

In diesen Tagen, da Mussolini gegen den gefunden Menschenverstand so fleißig rast und lobt, ist es interessant, auch etwas aus dem privaten Leben dieses offenbar wahnsinnigen Mannes zu erfahren. Es handelt sich da nicht etwa um Klatschgeschichten, die von irgendeinem Gegner kolportiert werden, sondern um ganz ernsthaftige Berichte, die in den treuesten Mussolini-Blättern erscheinen. Ja, diese Berichte wurden direkt von Mussolini inspiriert. Er hält sich nämlich seine eigenen Hochmoralisten, die ihn auf Schritt und Tritt begleiten. Diese Leute von der moerischen Feder werden von ihrem Duce genährt und gestreichelt, sie dürfen ihm nahekommen, wenn er auch kein schwarzes Hemd trägt.

Sie dürfen ihn sogar sehen, wenn er am Allerheiligentag das Grab seiner Mutter besucht. Da erfahren wir denn, daß der Freund des Spiegels Garibaldi sich in seiner Heimat nicht nur wie ein Gott anbeten läßt, er ordnet sogar an, daß ein Bittler des Landes vor ihm hinstriet und auf dem Boden hin und her rutschte, als wenn er in der Kirche vor dem Christusbild Reverenzen macht. Dieser Bittler im Dienst Mussolinis wurde eigens dressiert und ausgebildet, um vor Mussolini rings um das Grab der Mutter Mussolinis herumzurutschen. Und der Berichterstatter, der im Auftrag seines Duce berichtet, verschweigt nicht, daß Frau Mussolini dem Manne ein Almosen gegeben hat. Außerdem sorgt der General der Nordbrenner dafür, daß die kleinen Leute seiner Heimat methodisch erpreßt werden. Man zwingt sie, Blumen zum Grabe der Mutter Mussolinis heranzutragen. Und haben sie keine Blumen oder weigern sie sich, dann versallen sie der Härte des Gefeches, das nach den neuesten Bestimmungen die Gegner Mussolinis ins Zuchthaus oder an den Galgen schießt.

Am gleichen Tage, da Mussolini das Grab seiner Mutter besuchte, lud er zu sich den Maharadscha von Kwakar ein. Es fand ein Gespräch hinter verschlossenen Türen statt, das aber Mussolinis Leibjournalist aufzeichnen konnte, weil Mussolini selber ihm nachher die Geheimnisse der Unterhaltung inspirierte. Aus dieser Unterredung zwischen dem Maharadscha und dem Häuptling aller Schwarzgehenden erfahren wir, daß der Maharadscha durchaus mit dem Faschismus einverstanden und sogar gewonnen ist, in seinem indischen Lande die italienischen Sitten einzuführen. Mussolini übergab dem Maharadscha sein Bildnis. Der indische Fürst betrachtete es und meinte, daß dieses Gesicht auf der Photographie zu hart wäre. Daraus erhielt er ein zweites Bild, auf dem das Gesicht Mussolinis weicher war. Der Maharadscha wunderte sich dann, daß Mussolini bald ein weiches und bald ein hartes Gesicht zeige. Mussolini antwortete, daß er eben ein Mensch und nicht ein Stein sei. Und der Maharadscha war über diese Auseinandersetzung sehr befriedigt.

Alles das läßt Mussolini in den Zeitungen, die er knebelt und an der eisernen Kordare hält, verbreiten, und er merkt gar nicht, daß er schon für die Gummigelle reizt ist. R. S.

wissenschaftlichen Vertreter von Deutschland, Norwegen, Dänemark, England, Rußland, Spanien, Estland usw. Herr Schütte, der Präsident der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt, begrüßte die Gäste und berichtete über die Entdeckung der Idee, artistische Forschung mit dem Luftschiff zu treiben. Heute zählt die Gesellschaft 180 Mitglieder aus 19 verschiedenen Staaten. Friisjof Ransen dankte für die Gastfreundschaft der Gesellschaft für Luftfahrt, indem er zugleich der Hoffnung Ausdruck verlieh, daß diese erste Tagung der Internationalen Studiengesellschaft nicht nur ein Markstein der Luftschiffahrt, sondern ein Meilenstein geographischer Forschung sei. Wir sind dankbar und stolz, fährt Ransen fort, daß diese erste Tagung der Studiengesellschaft in Berlin stattfindet.

Ein Prozeß um eine Prominentengage. Die Schauspielerin Else Gersberg hatte gegen Direktor Saltenburg eine Klage auf Nachzahlung von Gage angestrengt, die darauf gegründet war, daß Saltenburg ihr eine geringere Gage zahlte, als vereinbart war, mit der Motivierung, daß die Gagentommission die Zahlung der vereinbarten Gage nicht billige. Die erste Instanz des Bühnenschiedsgerichts hatte der Klage stattgegeben mit der Begründung, daß Direktor Saltenburg gegen Treu und Glauben auf die Entscheidung der Gagentommission eingewirkt habe. Das Oberststadiengericht hat nun das Urteil der ersten Instanz bestätigt.

Eine Million Dollar für eine Schredensammer. Das vor einiger Zeit durch Feuer zerstörte Wahskabinett Arme. Tuffaubs in London wird im Laufe des nächsten Jahres neu aufgebaut werden. Es hat sich dieser Tage zu diesem Zweck eine amerikanische Finanzgesellschaft gebildet, die zunächst 1 Million Dollar gezeichnet hat. In der Hauptsache wird dieser Betrag für die Wiederherstellung der Schredensammer verwendet werden, die für alle Panoptikums der Welt seinerzeit Vorbildlich gewesen ist. In der Schredensammer werden auch darauf bezügliche geschichtliche Ereignisse künstlich im Film zu sehen sein.

Ob das Finanzkonsortium auch daran gedacht hat, die Schredensammer zu modernisieren? Der Krieg und seine Folgen haben doch erstaunliches Material dafür geliefert.

Baudalen! Die römische offiziöse „Tribuna“ hatte zuerst alle Nachrichten demontiert, wonach die Wohnung des berühmtesten italienischen Philosophen Benedetto Croce in Neapel von den Faschistenbanden zerstört worden sei. Jetzt muß auch die Faschistenpresse zugeben, daß die Bibliothek des Gelehrten, die die wertvollste private Sammlung von philosophischer Literatur darstellt und auf einen Wert von Millionen Biren geschätzt wird, von den eingebrungenen Schwarzgehenden vollständig zerstört und gepulvert worden ist.

Uebereiferbildungsschule. Sonnabend, den 13. November, abends 7 1/2 Uhr, findet im Festsaal des Preussischen Landtags, Bruns-Allee 11, die 11. Sektion der Freien Sozialistischen Hochschule, Arbeiterbildungsschule und Gewerkschaftsschule Berlin im Festsaal statt. Die Anwesenden werden gebeten, die Karten im Bureau des Bezirksbildungsamtes, Lindenstr. 8, 2. Hof II, anzuliefern. Der Eintrittspreis beträgt 30 Hg.

Ein Abend in einem Wiener Bürgerhause“ leitete sich die nächsten Wochentage der Vortragsabende des Westens, am 11. im Landwehr-Bahnhof am Bahnhof Zoo und am 18. im Bürgerhause des Kaiserplatzes, Königsplatz, Eintrittspreis 1.— M. Beginn abends 8 Uhr.

# Rundfunkrede Otto Brauns.

Zum 9. November.

Der preussische Ministerpräsident, Genosse Otto Braun, hielt am Dienstagabend im Berliner Rundfunk eine Rede über die historische Bedeutung des 9. November. Er erinnerte daran, daß dieser Tag für viele den Tag des Zusammenbruchs und des Niederganges darstelle, während er für die anderen den Anbruch eines neuen Zeitalters bedeute. Wie man aber auch den Tag beurteilen möge, so müsse doch Allgemeinempfindung werden, daß er ein Schicksalstag des deutschen Volkes war, der eine Geschichtsepisode abschloß, um eine neue zu eröffnen. Was in Deutschland zusammenfiel, war nur ein politisches System, nicht aber ein Volk!

Dieses deutsche Volk hat in den furchtbar und grauenhaft schweren Jahren des Krieges, die ihm Blutopfer und Opfer an jeglicher Lebenskraft in einem Umfang auserseht haben, wie es die europäische Geschichte seit den Zeiten des Dreißigjährigen Krieges nicht mehr gekannt hat, eine moralische Größe und Ausdauer gezeigt, die deutlich als alle anderen geschichtlichen Leistungen den unwiderlegbaren Beweis für seine ungebrochene sittliche Kraft und seine Lebensfähigkeit erbracht hat. Ein Volk, das so zu kämpfen und so zu leiden verstanden hat, kann nicht aus der Weltgeschichte ausgelöscht werden und hat noch längst nicht die Höhenstufe seines Lebensweges erreicht.

Wir Deutsche haben im erbitterten Meinungsstreit der letzten acht Jahre verlernt, gerecht zu sein und die Dinge objektiv zu betrachten. Wären wir gerecht und vernünftig wie das, was heute ist, einmal ohne Voreingenommenheit zu sehen, so müßten wir zugeben, daß seit dem 9. November 1918 ungeheuer viel Positives und für das ganze deutsche Volk Wertvolles geschäft worden ist. Der Wiederaufstieg Deutschlands ist heute keine Phantasie und kein optimistisches Traumgebilde mehr. Deutschland steht heute wieder geachtet unter den Nationen da. Hat es auch noch sehr schwer wirtschaftlich zu kämpfen, so teilt es dieses Geschick mit anderen ehemals reichen Staaten, weil eben ganz selbstverständlich der Krieg den Wohlstand der Nationen trift, und fünf Jahre des Konzentrierens aller sonst produktiven Industrien nur auf das Verdienen und Menschenmorden mindestens 50 Jahre des Wiederaufbaus bedingen.

Deutschland stand 1918 haarsträubend am Rande des Abgrunds. Die Reichseinheit, dieser kostbare Besitz aller Deutschen von Ost und West und Nord und Süd, war mehr als gefährdet; das Auseinanderfallen des Reiches in zahlreiche Stammesbestände, der Verlust großer und hochwertiger Gebiete im Westen bis zu völliger Auscheidung aus dem deutschen Kulturkreis schien unabwendbar; die Wirtschaft war fast vernichtet, innerpolitisch schienen die Zustände zur Anarchie zu treiben. Unter dem gemeinsamen schützenden Dach der jungen im Moment der verzweifeltsten Lage des Landes geborenen deutschen Republik hat das deutsche Volk in unendlich schwerem Kampfe mit zusammengebrochenen Jähnen seine Reichseinheit festgehalten und damit den Bestand und die Fortdauer des Ganzen für immer gewährleistet. Es gab für uns kein Verzweifeln und kein Versinken in die Nacht der Finsternis, aus der Staaten nicht wieder aufstehen. Neue Kräfte und neue Ideen, eine neue Staatsform und neue konstitutionelle Grundanschauungen, die dem ganzen Volke die aktive Mitarbeit am Wachsen und Arbeiten der Nation sichern wollen, sind auf den Plan getreten.

Nicht innerlich zusammengebrochen, sondern nur elastischer geworden und angefüllt mit neuen starken Impulsen sind wir aus der Katastrophe des 9. November hervorgegangen. Mehr und mehr muß und kann somit den Deutschen aller Parteilichkeiten und aller politischen Lager der 9. November, der einem Teil von ihnen die Erinnerung nur an Niederbruch und Schmach zu sein schien, zum Erinnerungsdatum des gleichzeitigen entschlossenen sich Wiederaufrichtens und zum Ausgangspunkt neuen staatlichen und politischen Lebens werden.

## Deutschbanner Schwarz-Weiß-Rot.

Eröffnungsvorstellung mit Krach.

Das „Deutschbanner Schwarz-Weiß-Rot“, die größte Gegen gründung gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, ist gestern in den Kammern mit großem Krach ins Leben getreten. Gegen einander standen der Wiking-Kapitän Ehrhardt und der alldeutsche Major v. Sodenstern. Ehrhardt verteilte seine bekannten neuen Ansichten, die ein Wemischen vom äußersten Rechtsradikalismus bedeuten. Sodenstern predigte dagegen die unbedingte Opposition. Ehrhardt, zu dem die Wiking- und Olympia-Leute in deutscher Mannestreu stehen, hatte den größeren Beifall. Aber der unparteiliche Zuhörer schied mit der bange Zweifelsfrage, welcher von beiden wohl der größere politische Hanswurst sei, der Major oder der Kapitän.

## Neudeutsche Edelfinge.

Verleumder, Schimpfer und Diebe.

Bodum, 9. November. (Eigener Drahtbericht.) Der völkische Agitator Justizinspektor Woz aus Bodum hat seinerzeit den preussischen Innenminister Severing beschuldigt, der Urheber eines Mordes zu sein, der in der Nähe von Bodum an einem ehemaligen Mitglied einer rechtsradikalen Organisation begangen wurde. Später wurde die Tat durch die Kriminalpolizei einwandfrei als Femele mord festgestellt. Woz hatte aber öffentlich behauptet, Severing habe den ermordeten jungen Mann auf dem Gewissen, er müsse dafür an den Strick. Den Verleumdungsprozess verstand Woz bis zur Hindenburg-Amnestie hinzuziehen, so daß er frei ausgeht. Dagegen wurde er jetzt im Disziplinarverfahren wegen dieser Verleumdung und wegen anderer Vergehen seines Amtes entbunden und ihm jeder Anspruch auf Pension aberkannt.

Gegen den Amtsgerichtsrat Beinert in Bernigerode war ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung eingeleitet worden, weil er in mehreren Bismarck-Gedenktreden den ermordeten Erzberger als den größten Lumpen der Weltgeschichte bezeichnet, und die Republik und ihre Minister beschimpft hat. Der Staatsgerichtshof hatte trotz erfolgter Strafanzeige eine Anklage auf Grund des Republiksschutzgesetzes abgelehnt. Das Disziplinargericht hat jetzt gegen den Amtsgerichtsrat Beinert nur auf Strafverurteilung erkannt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgende keine Anfrage eingebracht: In einem Verfahren wegen Unterschlagung gegen einen Angestellten der Finanzkasse Gotha ist festgestellt worden, daß der Finanzkassier Gelder zu Parteizwecken der Rationalsozialistischen Partei entnommen worden sind. Die Leiter der Finanzkasse, der Regierungsrat Jangermeyer und der Obersteuerinspektor Schmeller, die in diesem Verfahren als Zeugen vernommen wurden, sind vom Gericht nicht verurteilt worden, da sie der Teilnahme an der Unterschlagung verdächtig sind. Welche Beamte sind noch im Amt? Mit dem Reichsfinanzminister dieser Sachverhalt bekannt und was gedenkt er zu tun, um diese Mißstände zu beheben?

Admiral Graf Beatty, Erster Lord der Admiralität, Chef des Generalstabs der Marine, hat nach siebenjähriger Amtszeit sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Er führte die englischen Schlachtkreuzer in der Schlacht am Stogerrat.

# Bayern und der Finanzausgleich.

Ziel: Milderung der Reichsverfassung.

München, 9. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag trat der bayerische Landtag zu seiner Wintertagung zusammen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die in Gegenwart sämtlicher Minister und des vollbesetzten Hauses abgegebene Regierungserklärung zum Finanzausgleich.

Finanzminister Dr. Krausnick legte die Stellung der Regierung in einer längeren Rede dar, in der er zunächst der verhältnismäßig günstigeren Lage der Reichsfinanzen die katastrophale Lage des bayerischen Staatshaushalts gegenüberstellte, der für das Jahr 1926 ein Defizit von rund 60 Millionen aufweist und für das Jahr 1927 einen noch größeren Fehlbetrag erwarten läßt. Würde der Referentenentwurf über den Finanzausgleich Gesetz, so ergäbe sich für Bayern sogar ein Fehlbetrag von 117 Millionen Mark. Die Schuld an dieser Defizitwirtschaft sieht der bayerische Finanzminister ausschließlich in dem schematisch ausgebauten Finanzausgleich, wobei er außerdem behauptete, daß alle gegen die Finanzgebahrung der Länder vorgebrachten Einwendungen sich im Kern als eine Irreführung der öffentlichen Meinung erwiesen hätten. Die Unhaltbarkeit des Finanzausgleichs zeige sich immer klarer auch darin, daß weite Kreise des deutschen Volkes ziemlich unerschüttert das innenpolitische Ziel der finanziellen Aushungerung und Aushöhlung der Länder erstreben. Dieses Ziel habe die bayerische Staatsregierung bei den Verhandlungen in Berlin mit allem Nachdruck bekämpft und eine grundsätzliche Milderung des bestehenden Systems verlangt, das in einer klaren Scheidung der Aufgaben und Zuständigkeiten des Reiches und der Länder besteht. Wenn sich die bayerische Regierung trotzdem mit einer kurzen Verlängerung des provisorischen Finanzausgleichs einverstanden erklärt habe, so habe sie gleichzeitig nachdrücklich das Ersuchen gestellt, möglichst bald die Verhandlungen über die

grundsätzliche Lösung des Problems aufzunehmen; die bayerische Regierung werde hierzu an die Reichsregierung mit bestimmten Vorschlägen herantreten. Der bayerischen Regierung erheime es aus geschloffen, mit der bisherigen Regelung sich auch nur ein weiteres Jahr abzufinden.

In einer besonderen Erklärung befaßte sich dann der Ministerpräsident Dr. Held mit der politischen Seite des Finanzausgleichs. Er forderte mit noch viel schärferen Worten als der Finanzminister ebenfalls eine klare Aufteilung der Aufgaben des Reiches und der Länder und damit der Steuerquellen, was nur möglich sei durch eine Milderung der Artikel 4 und 5 der Reichsverfassung. Der bisherige schematische Finanzausgleich sei überhaupt kein Ausgleich, sondern führe direkt zur Vergewaltigung der Einzelstaaten. Durch eine Milderung der Artikel 6 bis 10 der Reichsverfassung müßten die Länder für die ihnen übertragenen Aufgaben eigene Verwaltungen und eigene Steuergesetzgebung erhalten. Das sei das Grundproblem des gegenwärtigen Kampfes um den Finanzausgleich, bei dem es sich um Leben oder Tod der Länder handle. Der Kern dieses Grundproblems sei eine neue Staatenentwicklung im Deutschen Reich, und der Finanzausgleich sei das Instrument dazu. Das bayerische Volk habe den absoluten Willen zu einer eigenen Staatlichkeit und Bayern werde sich in keiner Weise zur Provinz herabwürdigen lassen. Es wird ein Staat bleiben und hat daraus ein gewichtiges Anrecht. Die bayerische Staatsregierung wird diesen Kampf mit aller Energie führen und, wenn sie dazu gezwungen werden sollte, in diesem Kampfe bis zu den äußersten Konsequenzen gehen. Sie fordert ein eigenstaatliches, lebensfrohes und lebensstarkes Bayern in einem starken, wiedererstandenen, geschlossenen Deutschen Reich.

## Richter der Republik.

Ein Vortrag des Reichsgerichtspräsidenten Simon.

München, 9. November. (Eigener Drahtbericht.) In Anwesenheit der Spitzen der bayerischen Staatsbehörden — vier Minister waren erschienen —, sämtlicher Präsidenten der bayerischen Gerichte und der Oberstaatsanwälte, sprach am Dienstagabend in der Universität Reichsgerichtspräsident Simon im Kreise der Studiengesellschaft über die Vertrauenskrise in der deutschen Justiz. Simon verzichtete darauf, eine erschöpfende oder auch nur gründliche Untersuchung des für das deutsche Richteramt außerordentlich heiklen Themas zu geben. Er zeigte lediglich schlaglichtartig einen Teil der Ursachen des beschwundenen Vertrauens in die Justiz. Leider arbeitete er dabei außerordentlich mit einerseits-andererseits und manche seiner Formulierungen mit politischem Einschlag schienen mit Rücksicht auf die Umgegend gewählt zu sein.

Die Krankheitsercheinungen in der Justiz, so führte er aus, zeigten sich in der Ziviljustiz ebenso wie in der Strafsjustiz. Trotzdem sollte das deutsche Volk zufrieden sein, daß es in dieser Zeit der internationalen Geldgier und der Korruption noch ein unabhängiges Richteramt habe. Von der größten Gefahr sei das politische Mißtrauen. Eine bewußte Rechtsbeugung der Richter aus politischen Gründen hält Simon für völlig ausgeschlossen. Allerdings käme manchmal ein hoher Grad mangelnder Verantwortung des heutigen Richters vor, ein Mangel, der seine Wurzel in der irdischen Auffassung eines großen Teiles der Richterschaft von dem heutigen Staat habe. Nachdem aber der neue Staat sich durchgesetzt habe, sei das Mißtrauen in die republikanische Verfassung unbegründet. Die Richter dürften sich deshalb in ihrer Rechtsfindung auch niemals solcher Argumente bedienen, wie sie z. B. in der Denkschrift der bayerischen Regierung gegen die Weimarer Verfassung vorgebracht sind, auch wenn sie als Staatsbürger und Volksgenossen auf dem Boden dieser Denkschrift stehen. Die Weimarer Verfassung sei durchaus wert, daß man sie verteidigt, trotz ihrer mannigfachen Ideologie, ja sogar Phrasologie. Dagegen habe er immer bedauert, daß sich ein republikanischer Richterbund aufgetan habe. „Wir brauchen keinen republikanischen Richterbund, denn wir sind alle republikanische Richter der Republik und sprechen Recht im Namen der Republik.“

Zur Frage des Vorwurfs der Klassenjustiz erklärte der Vortragende, daß dieser Vorwurf falsch und unbegründet sei, soweit er subjektiv gerichtet sei. Kein deutscher Richter werde falsch urteilen, weil der Angeklagte einer anderen Klasse angehöre. In diesem Zusammenhang meinte Simon, er sehe nicht ein, warum es nicht auch sozialdemokratische Richter geben solle. Außerlich sehe dem nichts im Wege, wohl aber könnten innere Hemmungen bestehen. Seit Ebert sei die Sozialdemokratie aus der Geschichte des deutschen Volkes und Deutschen Reiches nicht mehr wegzudenken. Die Sozialdemokratie stelle sich aber immer wieder auf den Standpunkt des Marxismus und des Klassenkampfes. Leider vergaß der Vortragende, die Theorie des Klassenkampfes, so wie er sie ausspricht, näher zu erläutern.

Zum Schluß erbat Simon noch scharfen Protest gegen alle Bestrebungen, die auf Kampf und Umsturz der Verfassung abzielen. Die Arbeit des deutschen Richteramt müsse gerade darauf gerichtet sein, die Justiz zu einer Hauptstütze des Staates zu machen.

## Zum Zensurgesetz.

Am Dienstag beschäftigten sich die Regierungsparteien in einer interfraktionellen Sitzung noch einmal mit den Hauptbestimmungen des Zensurgesetzes. Die Auffassungen der Regierungsparteien über die einzelnen Paragraphen dieses Gesetzes sind nicht einheitlich. In der Deutschen Volkspartei neigt man neuerdings zu einer erweiterten Reichspräsidentenwahl, während die Länderpräsidenten fallen gelassen werden sollen.

## Die Archive öffnen sich.

Nordamerika folgt England.

New York, 9. November. (W.T.B.) Wie amtlich bekannt gegeben wird, erscheint der erste Band der Publikation der diplomatischen Korrespondenz des State Department (Auswärtigen Amtes) während des Weltkrieges voraussichtlich am 1. Juli 1927. Der zweite und dritte Band wird bis 1. Januar 1928 der Öffentlichkeit übergeben werden. Die drei Bände enthalten die sich auf den Weltkrieg beziehenden Urkunden aus den Jahren 1914/1915 und sind als Ergänzung der diplomatischen Korrespondenz des State Department gedacht, welche die Jahre 1914 bis 1916 umfaßt, aus der jedoch sämtliche den Weltkrieg betreffenden Dokumente herausgelassen worden waren. Wann die Akten aus den Jahren 1917 bis 1919 veröffentlicht werden, ist in der amtlichen Notiz nicht erwähnt.

## Unterbrechung der englischen Verhandlungen

Unstimmigkeit zwischen Generalrat und Bergarbeiter

London, 9. November. (Eigener Drahtbericht.) Der plötzliche Stillstand der Verhandlungen, der am Montagabend eintrat, ist darauf zurückzuführen, daß die Bergarbeiter die mit den Verhandlungen betrauten Mitglieder des Generalrats bei Baldwin desavouiert haben. Während der Generalrat die Frage der Arbeitszeit der distriktweisen Regelung überlassen wollte, bestanden die Bergarbeitervertreter darauf, daß der bisher geltende Siebenstundentag einen der Punkte bilden müsse, die in sämtlichen Distriktsabkommen gleichmäßig zu regeln wären. Da sich die Mitglieder der Bergarbeiter angesichts der bisherigen Beschlüsse ihrer Delegiertenkonferenzen außerstande erklärten, irgendeine Regelung zu erörtern, die direkt oder indirekt eine Durchbrechung des Siebenstundentages zur Folge hätte, die Regierung jedoch von den Vertretern der Bergarbeiter völlige Verhandlungsfreiheit als Grundlage für die Fortsetzung forderte, wurden die Verhandlungen zeitweise unterbrochen. Die Mitglieder der Exekutive werden nunmehr an die am Mittwoch wieder zusammentretende Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter herantreten, um sich gegebenenfalls von ihr völlig freie Hand für die folgenden Besprechungen mit der Regierung geben zu lassen.

Es kann nicht gelugnet werden, daß diese Entwicklung zu einer ersten Bestimmung zwischen Generalrat der Gewerkschaften und der Bergarbeiterexekutive geführt hat. Auf eine Frage, ob der Generalrat der Gewerkschaften nach der Meinung der Exekutive der Bergarbeiter seine Vollmachten in den Verhandlungen mit der Regierung überschritten hätte, antwortete Cool unmißverständlich, er könne nur soviel sagen, daß die Bergarbeiter den mit den Verhandlungen mit der Regierung betrauten Mitgliedern des Generalrates keinerlei Vollmachten erteilt hätten, die Exekutive der Bergarbeiter auf eine Zustimmung zu einer längeren Arbeitszeit festzulegen. Das Schicksal der weiteren Verhandlungen liegt nunmehr bei der Delegiertenkonferenz.

## Tagesordnung der nächsten Ratsession.

Neue Beamtenanstellungen. — Danziger und Saar-Fragen.

Genf, 9. November. (Eigener Drahtbericht.) Auf der Tagesordnung für die nächste Tagung des Völkerbundesrates am 6. Dezember stehen folgende wichtigere Punkte: Ernennung und Beförderung von Beamten des Sekretariats (in erster Linie kommen die neuen deutschen Beamten in Frage); Beschleunigung der Ratifikation von internationalen Abkommen; Flüchtlingsversorgung; Finanzlage und Anleihe der Freien Stadt Danzig; Sicherung des Eisenbahnverkehrs im Saargebiet (Rückzug der französischen Truppen); ferner Berichte über die Ab-rüstungs- und Wirtschaftskonferenz und ein Bericht des Finanzkomitees über die internationale Bekämpfung von Banknotenfälschungen. Das Referat über die Vorbereitung der Wirtschaftskonferenz obliegt dem deutschen Ratsmitglied.

## Marokko soll ausgebeutet werden.

Unentgeltliche Phosphatlieferung verlangt. — Das Beispiel des deutschen Reparationsstoffes.

Paris, 9. November. (W.T.B.) Der Abgeordnete Cassani hat eine Entschließung eingebracht, des Inhalts, von der marokkanischen Scherifenregierung eine jährliche Abgabe in Höhe von 1 Million Tonnen Phosphaten in natura zu verlangen, welche den französischen Kleinbauern zur Verfügung gestellt werden sollen. In der Begründung gibt der Abgeordnete an, die Phosphatbergwerke in Marokko seien Eigentum der Scherifenregierung, welche sie für eigene Rechnung ausbeuten könne. Aber wenn man sich die Frage vorlege, was aus der Scherifenregierung geworden wäre, wenn die Franzosen ihr nicht Unterstützung gewährt hätten, sähe die Abgabe als ganz natürlich. (1) Ein Präzedenzfall sei übrigens darin gegeben, daß die französische Eisenindustrie den Vorteil genossen habe, aus Deutschland zu außerordentlich herabgesetztem Preise Koks zu beziehen.

Der frühere kommunistische Abgeordnete Weber (Speyer), ein Bruder des der Wedding-Opposition angehörenden Berliner Kommunisten Weber, wurde auf sein Ansuchen von der sozialdemokratischen Fraktion des Bayerischen Landtages als Mitglied aufgenommen. Weber wurde im April 1924 in seiner pfälzischen Heimat auf der Liste der SPD, in den gegenwärtigen Landtag gewählt. Er trat im März d. J. wegen grundsätzlicher politischer Differenzen aus der kommunistischen Landtagsfraktion aus und ist seit drei Monaten Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, Bezirk Pfalz. Die sozialdemokratische Fraktion des Bayerischen Landtages umfaßt durch Beitritt Webers nunmehr 25 Abgeordnete.



# Unsere Revolutionsfeiern.

Der 9. November vereinigt Jahr um Jahr die Parteigenossen, um des Tages zu gedenken, an dem jahrelanges Morden zu Ende ging, an dem ein altes, unfähiges Regierungssystem zerbrach und die Sonne der Freiheit zu leuchten begann. Wir haben in den Jahren, die dem 9. November von 1918 folgten, einsehen gelernt, daß wir damals erst eine Revolution begonnen haben und daß wir erst in zäher Arbeit unsere Ziele, denen wir uns damals vielleicht allzu nahe glaubten, erreichen können. An diese Arbeit gemahnen auch alle Revolutionsfeiern. Die Berliner Parteigenossen hatten gestern viele Versammlungen veranstaltet, in denen die Bedeutung des 9. November gewürdigt wurde.

Im dichtgefüllten großen Saal der Sophienkäsle hielt der Kreis Mitte seine Revolutionsfeier ab. Die Bühne war mit roten Tüchern und roten Fahnen sehr wirkungsvoll geschmückt. Reichstagsabgeordneter Genosse Stellung hielt die Festrede. Feierstunden des Proletariats, so führte er aus, sind Beistunden, in denen wir neue Kraft schöpfen wollen im Kampf um die Freiheit, um unsere Ideale. Wir wurden uns unserer Kraft bewußt! Das ist ein Verdienst des 9. November. Und wenn wir auch nur wenig erreicht haben, so ist der Weg doch freigemacht. Nun können wir die Bausteine zusammentragen zu einem neuen Staat, wie wir ihn uns zimmern wollen. Furchtbar hart ist diese Arbeit, da die alten Bausteine zu morsch geworden sind. Die Rede fand großen Beifall. Freiheitslieder, die der Arbeitergesangverein „Lerche Glockenklang“ unter Führung seines Dirigenten Hans Schreiber zum Vortrag brachte, umrahmten die Festrede.

Der 4. Kreis, Prenzlauer Berg, hielt seine Feier in den Prachtzimmern am Märchenbrunnen ab. Nach den einleitenden Worten des Kreisvorsitzenden Genossen Dönert brachte der Männergesangverein Prenzlauer Berg die Freiheitslieder „Kränze den Tag“ und „Ich warte dein“ zu stimmungsvollem Vortrag. Der Redner des Abends, Landtagsabgeordneter Genosse Lüdemann erinnerte an den 9. November 1918, charakterisierte die Verfassung des damaligen monarchistischen Obrigkeitsstaates, schilderte den Zusammenbruch als Kriegsfolge. Er wies auch auf die Schwierigkeiten hin, die unseren Volksbeauftragten begegneten, als sie etwas Neues aus dem Chaos, das das alte Regime hinterlassen hatte, schaffen wollten. Die Uneinigkeit vom 9. November ist bis heute geblieben. Solange die Arbeiterschaft nicht aufhört, sich selbst zu befehlen, solange wird das deutsche Volk seiner Erinnerung an den 9. November nicht froh. Und doch ist es etwas unendlich Großes und Schönes um die Revolution. Lassen wir das Vergangene vergessen sein, und Tag um Tag an der neuen Zukunft wirken. Mit dem Gehörg der Völker und der Internationale schloß die wirkungsvolle verlaufene Feier.

In Charlottenburg und Wilmersdorf gestaltete sich die Revolutionsfeier zu einer mächtvollen Kundgebung für die zu erstrebende sozialistische Republik. Lange vor Beginn der Versammlung war der Spichernsaal bis zu den Emporen besetzt. Spätkommende fanden kaum einen Sitzplatz. Kurz nach 8 Uhr zog das Reichsbanner mit Fahnen und Musik in den Saal. Von den Emporen und vor der Rednertribüne wehten schwarzrotgoldene Fahnen. Die Feier eröffnete der Männerchor „Harmonie“ mit dem „Gesang der Völker“, es folgten Rezitationen und ein Marsch, den die Reichsbannerkapelle mit viel Temperament spielte. Darauf sprach Genosse Artur Crispian. Er entwarf ein Bild von den revolutionären Bestrebungen im vergangenen Jahrhundert, von dem Ringen des damals revolutionär gesinnten Bürgertums mit dem Feudaladel. Er zeigte, wie allmählich das Bürgertum einschlich und der revolutionäre Gedanke vom Proletariat erfaßt wurde. Vor acht Jahren konnte es ihn in die Tür umsetzen. Die Zeit ist aber noch nicht reif für die völlige Verwirklichung der sozialistischen Ideen. Es gilt, noch harte Arbeit zu leisten. Die Rede fand großen Beifall.

Eine stille, schlichte Geburtstagsfeier war es, die der Bezirksbildungssekretär der SPD, Sieglitz am Festtag der Republik bringend, kein freudiges Fest im allgemeinen Sinne, sondern ein tiefes, stilles Gedenken der Vergangenheit mit all ihrem tieftraurigen Erleben und einem feierlichen Geloben ehrlicher Treue und Kraftentfaltung für die Zukunft. Wagners Chorgesang „Wach auf“ aus

den „Meisterfingern“ leitete den Abend ein. Franz Fischer rezitierte mit schöner Begeisterung Dichtungen von Heine, Hoffmann und Turgenjew. Genossin Klara Bohm-Schuch gedachte in warmempfundener Worten vor allem derer, die am Bau des freien Tempels gehoffen und ihre Bereitschaft mit dem Leben bezahlt haben. In stimmungsvoller Rede forderte sie auf, ein Werk zu vollenden, das — mit so unendlich schweren Opfern begonnen — einzig und allein dem Volke Freiheit und Menschenrechte bringen kann. Der ganze Abend stand im Zeichen tiefster Ergriffenheit und ehrlichster Bereitschaft. Erlösung sprach aus allen. Es folgten noch Gesänge und Rezitationen, und unter Abkündigung der Internationale nahm die stille Feier ihr Ende.

Die Aula in der Kaiserin-Augusta-Straße zu Tempelhof war überfüllt. Handels-Largo, gespielt von Paul Friedrich, eröffnete die Feier. Chöre umrahmten die Ansprache des Genossen Alwin Saenger-Rünchen, M. d. R. Er gedachte der Geburtsstunde der deutschen Republik. Drei Kaiserreiche lagen am Boden, Reiche, die ihren Völkern den geringsten Anteil am politischen Leben des Staates gestatteten. Der Paragraph 11 der ehemaligen deutschen Reichsverfassung, der einem einzigen Namen das Recht gab über Krieg und Frieden eines 70-Millionen-Volkes, der in seiner Rückständigkeit nur noch von Persien und China geteilt wurde, würde dem Zusammenbruch eines solchen Regimes schon allein erklären. Die heutige Republik ist gewiß kein sozialistisches Ideal; aber eine Besserung ist sie, sei sie noch so bürgerlich, so „kapitalistisch“, und eine Parallele mit dem Frankreich von 1871 zeigt, daß wir auf dem rechten Wege sind, das Erreichte zu befestigen. Jeder Sozialist muß jetzt mit zwei Fahnen in der Hand kämpfen. In der einen Hand die Fahne der Gegenwart, der Republik, die schwarzrotgoldene, in der anderen aber die Fahne der Zukunft, die rote Fahne der Sozialisten. Rezitationen von Laubinger (Staatstheater), Musikvorträge von P. Friedrich und Schardt erhöhten die Weihe des Abends. Musikvoll erklang zum Schluß die Internationale.

Die Reutöller Genossen begingen ihre Revolutionsfeier in dem renovierten Saal der Städtischen Lichtspielhauses. Auf Antrag unserer Fraktion hatte die Bezirksverordnetenversammlung die Verträge des Lichtbildhauses kündigen lassen. Es soll nun ein Vortrag- und Aufführungsraum für die Bevölkerung werden. Seitern konnte die Arbeiterschaft mit ihrer Revolutionsfeier die Erwehung dieses Saales vollziehen. Zahlreich war die Arbeiterschaft der Einladung gefolgt. Der Saal war überfüllt. Auf der Bühne leuchtete das rote Banner der Partei. Die Reutöller Liedertafel sang als Einleitung „Empor zum Licht“. Dann sprach Heinz Wolf die alten Trug- und Kampfgelänge Heinrich Heines und Georg Herweghs. Nach ihm sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Herz-Sachlich zeichnete er ein Bild der Wirtschaftsmächte in Deutschland. Die Arbeiterschaft hat 1918 wohl die politische Macht erobert, doch hat sich im Verlauf der Entwicklung die Wirtschaftsmacht als stärker erwiesen. Im Wirtschaftskampf werden die Fronten, Bourgeoisie und Proletariat, klar aufgezeichnet. Wir werden diesen Kampf nur bestehen können, wenn die Sammlung sämtlicher proletarischer Kräfte gelingt. Mit dieser Macht aber werden wir siegreich aus diesem Kampf hervorgehen. Rezitationen Heinz Wolfs beschloßen die würdige Feier der Reutöller Genossen.

Der 17. Kreis feierte den Gedenktag der Revolution im Festsaal des Cäcilien-Anzeigers in Lichtenberg. Der bis auf den letzten Platz gefüllte Saal war entsprechend der Bedeutung des Abends reich mit roten Fahnen und gleichfarbigen Girlanden geschmückt. Eingeleitet wurde die Feier durch den Prolog „Die Toten an die Lebenden“ von Ferdinand Freiligrath und ein Trio für Celli, gespielt vom Liebermann-Trio. Reichstagsabgeordneter Genosse Breitscheid wies in seiner Festrede darauf hin, daß die Revolution vom November 1918 zwar keine Revolution mit Barrikaden und unzähligen Menschenopfern gewesen sei, wie wir sie uns erträumt hatten, trotzdem aber eine grundlegende Staatsumwälzung war. Auch wenn nicht das Erreichte wurde, was wir uns erhofft hatten, so muß man sich die Geschichte aller Revolutionen vor Augen halten, deren Saaten immer erst viel später aufgingen. Der 9. November darf für uns nicht nur ein Tag der Erinnerung und des Feierns sein, sondern ein Tag des Gedächtnisses, weiter zu gehen und weiter zu kämpfen für die wahre sozialistische Republik. Auf die wirkungsvolle Rede folgte ein Musikvortrag und die Feier wurde mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie beendet.

Die Parteigenossen von Reinickendorf trafen sich zur Revolutionsgedächtnisfeier in den Hubertuskäsen am Bahnhof Schönholz. Ein Kammermusikquartett des Deutschen Musikerverbandes brachte Musik alter und neuer Meister vollendet zu Gehör. Der Männerchor Reinickendorf-Ost brachte den „Gesang der Völker“ und „Lord Joleson“ ausgezeichnet zum Vortrag. Genosse Wissell streifte in seiner Gedenkrede die Vorgänge in den Septembertagen 1918 im Hauptquartier und bei der Regierung. Durch den Rebel von 1918 leuchteten die Werte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“. Noch sind wir nicht Herren unserer Geschichte. Aber die Zeit wird kommen, da jeder seines Lebens froh werden kann. Der Sinn der Umwälzung ist, sich selbst der Gesamtheit schenken. Die Rede fand großen Beifall. Theo Raret rezitierte und erntete ebenfalls reichen Beifall. Die Versammelten sangen zum Schluß die Marxlied und die Internationale.

## „Das letzte Mittel.“

### Der Schulkollegium schützt den prügelnden Lehrer.

Erziehung durch Prügel gilt immer noch vielen Eltern und Lehrern als unbedenklich. Wenn nichtprügelnde Eltern gegen einen prügelnden Lehrer sich an seine Dienstbehörde wenden, können sie es erleben, daß dem Lehrer von dort aus noch Schutz gewährt wird. Die Schule hat nach dem Gesetz leider noch das Prügelrecht, und auf diese Rückständigkeit unseres Schulwesens kann die Behörde sich berufen, wenn sie Beschwerdeführer abweist.

So erging es im Verwaltungsbezirk Schöneberg auch einem Elternratsmitglied, einem in der Kinderfreundeorganisation tätigen Genossen. Gegen einen in Friedenauer Bezirksteil an der 18. Gemeindeschule angestellten Lehrer Franke reichte er eine Beschwerde ein, weil ein ihm bekannter Knabe in der Schule geprügelt worden war. Die Spuren des Prügelstoßes, die auf dem Körper des Kindes noch nach einer reichlich langen Reihe von Tagen zu sehen waren, wurden zuerst beim Baden bemerkt. Im Einverständnis mit der Mutter, vor der das Kind die Sache bis dahin geheim gehalten hatte, ging das Elternratsmitglied zum Rektor Raul. Dieser gab nach Besichtigung der Spuren zu, daß Herr Franke „etwas grob“ gelehrt habe, aber er entschuldigte ihn mit Nervosität und Familienorgen, woraus seine öfter auftretende Mißstimmung zu erklären sei. Das Elternratsmitglied richtete hiernach an die Bezirksschuldputation eine Beschwerde, in der auch erwähnt wurde, daß bei jener Prügelerektion noch ein anderer Schüler gelehrt worden war. Der Bescheid lautete wie zu erwarten war. Schulkollegium erwiderte dem Beschwerdeführer: „Dem Lehrer steht das Züchtigungsrecht zu.“ Der Bescheid fuhr fort: „Eine Heberklärung seiner Befugnis ist nicht nachgewiesen. Keiner der beiden Knaben hat sich nach irgendeiner Seite beklagt; beide haben offenbar das Gefühl gehabt, ihre Strafe verdient zu haben.“ Und schließlich wurde erklärt: „Die Schulaufsicht wünscht, daß die körperliche Züchtigung möglichst vermieden werde; wenn aber der Lehrer im einzelnen Falle glaubt, zu diesem letzten Mittel greifen zu müssen, so kann ihm, sofern er sich innerhalb der ihm gesteckten Grenzen hält, ein Vorwurf nicht gemacht werden.“ Die Dienstbehörde schützt also diejenigen Lehrer, deren Erziehungskunst nicht ausreicht, ohne Prügel mit den Kindern fertig zu werden. Sie wünscht nur, daß die prügelnden Pädagogen bei dem Gebrauch des „letzten Mittels“ die Vorsicht üben, sich innerhalb der „gesteckten Grenzen“ zu halten. Ob Lehrer Franke das getan hat, hätte ein Arzt entscheiden können, wenn man ihm rechtzeitig das Kind vorgeführt hätte. Da das unterblieben ist, so gilt dem Schulkollegium eine Heberklärung des Züchtigungsrechtes als „nicht nachgewiesen“, und der Lehrer wird geschützt. So war es früher, so ist es geblieben bis auf den heutigen Tag — und so soll es immer bleiben nach dem Wunsch derjenigen, die in Hieben noch ein Erziehungsmittel sehen.

Soll es wirklich immer so bleiben? Die von fortgeschrittenen Lehrern und Eltern getragene, immer weiter um sich greifende Bewegung, die eine Neugestaltung des Schulwesens erstrebt, wird aus unseren Schulen auch die Gewaltpädagogik hinausbringen. Sie wird dazu führen, daß aus den Schulen auch der letzte Freund des „letzten Mittels“, das nur zu oft ein erstes ist, verschwinden muß. In Schöneberg ist man jetzt dabei, für Errichtung weltlicher Schulen zu werben. In weltlichen Schulen ist kein Platz für Lehrer, die sich auf das „letzte Mittel“ verlassen. Es gibt verschiedene Gründe, aus denen immer mehr Eltern sich dazu entschließen, ihre Kinder den weltlichen Schulen

## Die Wunder der Klara van Haag.

9] Von Johannes Buchholz.

Aus dem Dänischen überfetzt von Erwin Magnus.

„Es gehören zwanzigtausend Kronen dazu, um die Sache aufzuwiegen. Soviel beträgt Petreas Erbe. Mindestens.“ Dies „mindestens“ erfüllte Hedwig mit neuem Zorn, der ihr letztes Lächeln gefrieren ließ. Das sagte ihr, daß der Vater immer noch ins Blaue hinein phantasierte. Sie hatte sich zwei Vorsätze überlegt, um das Unglück abzuwenden. Der erste war, auf eine gemüßliche Art von einem Handel zu reden. Konnte man das Lächeln des Vaters hervorrufen, so war schon viel gewonnen. Dieser Versuch war mißglückt. Ferner hatte Hedwig in ihrer Verzweiflung daran gedacht, sich vor dem Vater niederzuwerfen und ihn anzuflehen, einzuhalten. Ein Weib rechnet mit seinen Plänen stets auf Unabwendbares. Jetzt, unter dem gnadenlosen Blick des Vaters, stieß sie diesen Versuch mit Verachtung von sich. Sie wandte sich an Sivert, der mit niedergeschlagenen Augen, aber mit unverminderter Eile seine Mahlzeit fortsetzte.

„Sivert,“ sagte sie eindringlich, „du erinnerst dich wohl deines Versprechens?“

Sivert lüchelte ausweichend.

„Welches Versprechens?“

„Standest du nicht heute nacht unter meinem Fenster und versprachst mir, daß du dich von der Geschichte fernhalten wolltest?“ sagte Hedwig aufgebracht.

„Heute nacht?“

„Ach, du wirst wohl noch wissen...!“

„Wie sah ich aus?“

„Du sahst aus wie das Gewürm, das du bist.“

„Du wirst dich wohl geirrt haben, denke ich. Hatte ich nicht eine Geige mit und frohte schön darauf zwischen den Leichensteinen? Kamst du nicht in blohem Hemd ans Fenster und siehst mich nachher ins heilige Kollant ein. Gab ich nicht an, daß ich Johan hieß und Vater wäre?“

Hedwig war dicht am Herzen getroffen. Das Gift lähmte sie fast. Ein paarmal schöpfte sie tief Luft und wollte etwas sagen, dann aber beugte sie sich vornüber und ging. Die Mutter rief sie: „Herrgott, aber Hedwig,“ aber sie ging weiter, ohne sich umzusehen.

„Was sagtest du, geschah heute nacht?“ fragte der Vater.

„Ach, sie ist ja verrückt und sieht Gespenster. Jetzt kommt sie her und stört unsere gute Stimmung.“

Rein, die Stimmung war nicht so gut wie früher. Jetzt klingelte es. Jemand kam, um aufgenommen zu werden. Egholm bekam jörnige nervöse Runzeln. Nichts nahm seine Kräfte so mit wie sein Beruf. Nie erlangte er Routine. Sein Gehirn war so beschaffen, daß er sozusagen bei jeder Aufnahme die Photographie von Grund auf ersand, und da die Photographie längst aufgehört hatte, ihn zu interessieren, kostete ihm die Erfindung ungeheures Kopfzerbrechen. Egholm erlind das Gehen, wenn er über den Fußboden ging, und das Rauen, wenn er auf; aber diese und alle andern Dinge beschäftigten ihn ewig. Nur die Photographie — unglücklichweise gerade sein Lebensunterhalt — langweilte ihn zu Tode.

Als er im Wartezimmer gewesen war und zwei gepuhte Bauernmädchen gebeten hatte, Platz zu nehmen, war seine Stimmung Sivert gegenüber verändert.

„Warum bist du nicht gegangen?“ sagte er. „Ich will dein Schmähen nicht länger anhören.“

Sivert hatte den Mund ganz voll von Essen; jetzt verschlang er es ungekaut, so daß sein ungeheurer Adamsapfel herausprang wie eine Ratte im Sack.

„Sage mir nur,“ meinte er, „ehe ich gehe, ob ich den Eindruck eines einigermäßen netten Burschen mache.“

Der Vater musterte ihn mit einem Blick und sagte: „Rein, du gleichst einem abscheulichen hausbackenen Idioten.“

„Aber ist es da nicht läger, die Sache aufzuschieben...?“

„Aufzuschieben? Willst du den Mund halten und machen, daß du wegstommst!“

„Du mußt mir eine Krone leihen, um mein Aussehen ein bißchen zu flicken.“

„Explosion! Na, nimm sie und fort mit dir. Und bist du nicht in einer Stunde mit einem guten Ergebnis wieder da, dann werde ich —!“

Damit eilte der Vater in seine Dunkelkammer. Aber Sivert schien es, daß er selbst in etwas noch Schwärzeres ging.

Ein paar Stunden vergehen. Es wird Mittag. Emanuel kommt aus der Schule und erhält von der Mutter den Bericht über die Ereignisse des Vormittags. Hin und wieder geht der Vater unruhig durch die Küche. Man sieht seinem finsternen Ausdruck an, daß er sich in großer Spannung befindet. Wenn er sich nähert, schweigen die Mutter und Emanuel. Jetzt, da der Wahnsinn Wirklichkeit geworden ist, hat er jeden Anstrich von Romit verloren. Wo bleibt Sivert?

Es wäre ja denkbar, daß er jetzt, wo er keinen Ausweg mehr sieht, ins Wasser gesprungen ist. Wird Hedwig ihre Stellung behalten dürfen, wenn der Ratsch die Geschichte zu fassen bekommt? Solche bitteren Gedanken macht Frau Egholm sich, während sie in ihrem Haar wühlt und sich mit ihren Kochgeräten beschäftigt. Und jetzt muß sie mitten darin denken, daß dies ja nichts ist gegen das, was sie früher durchmachen mußte.

Was Egholm denkt, weiß niemand. Augenblicklich sitzt er an seinem Arbeitstisch, den Kopf schwerbrütend in beiden Händen.

Emanuel zieht seine Mutter am Ärmel. Sie steht auf; Draußen unterm Kirschbaum steht Sivert zusammengefallen und starrt hinein.

Sie machen ihm beruhigende Zeichen, aber er schüttelt bloß den Kopf. Da erhebt Egholm sich und öffnet die Tür. Er erblickt Sivert und tritt mit schweren Schritten zu ihm hinaus.

„In Teufels Namen, was steht du da und mimst den abgemessenen Erbkent?“ sagte er wütend.

Jetzt sollte er weglaufen, denkt Emanuel.

Statt zu laufen, steckt Sivert ein bebendes, aber stark die Zähne zeigendes Lächeln auf und sagte: „Ich darf mich wohl ein bißchen erholen hinterher?“

Der Vater wird verwirrt.

„Nun ja, aber komm wenigstens herein. — Gib ihm Essen!“

Sivert richtete sich auf und folgte ihm ganz in die Stube. Die Mutter, Emanuel und er wechselten verständnislose Blicke.

„Also, was hast du ihr gesagt? Beiß dich ein bißchen.“

„Ach, es wurde über mehrere recht interessante Dinge gesprochen.“

„Erwähnest du ihres Vaters Tod und Begräbnis? Das würde ich getan haben.“

„Ja, damit fing ich gerade an.“

„Und dann?“

„Es verging ja einige Zeit mit dem Gerede. Der Sarg seit gut und stark für den Preis gewesen, sagte sie.“

„Das ist sicher eine reizende Unterhaltung zwischen euch beiden gewesen. Weiter.“

„Was kostete er?“ — „Dreißig Kronen.“ — „Wo war er her?“ — „Von Andraalen.“ — „War er schwarz?“ — „Ja.“

— „Wieviel Griffe?“ — „Acht Griffe.“ (Fortsetzung folgt.)

zugreifen. Unter diesen Gründen soll auch der nicht vergessen werden, daß die weltliche Schule auf die Gewaltpädagogik verzichtet. Alle, die aus Schule und Haus das von Schulrat Stubbe verteidigte „letzte Mittel“ verbannen sehen wollen, mögen dafür eintreten, daß die weltlichen Schulen rasch weiter vertrieben werden. Wer in Schöneberg sein Kind zu Ostern in eine weltliche Schule zu bringen wünscht, wende sich schon jetzt an den Genossen Reich, Warburgstr. 37.

## Ballade vom Sportpalast.

Kürzlich erschien zu später Stunde der fröhliche Kranz in Sportpalast, um dem Sechstagerennen beizumohnen. Er blieb gänzlich unbeachtet, bis er, um seine Popularität festzusetzen, sich unheimlich bemerklich machte. Es erschien plötzlich in großen Lettern auf dem Verhängnistransparent folgende Mitteilung: „Ein aller Freund der Sechstagerenner aus Dels listet 500 M. dem Sieger in den nächsten 5 Stunden“. Raum war die Transparentschrift zu entziffern, als ein Hellenknecht begann: „Weisen und wenig freundliche Wünsche aller Art bekundeten dem hohen Herren“, daß Berlin hauptsächlich auf ihn weist. Im Verhältnisse zu dem Beifall, den die beiden hiesigen Hellenknechtler Gott und Poloson an dem gleichen Abend erzielten, mußten die vereinzelten Beifallsrufe für den Sportfreund aus Dels geradezu flüchtig anmuten.

Zehntausend Mann, das ist schon viel,  
Dabei sind noch die meisten oben,  
Kuch mal in Stellung, die gehoben,  
Und die begleitet Sport und Spiel  
Rituumier mit der Hölle Toden.

Und wissen es gar nicht gebühlich zu schätzen,  
Wenn Damen und Herren sich zum Schlemmen setzen.  
Zwischen eins und zwei  
Der Pullen drei —  
Und die armen Fahrer wie Hunde hegen.  
Dann soll es geschehen,  
Daß Leute, die oben in Engen stehen.

Ganz unermittelt die Wahrheit sagen:  
Von diesem auch und von jenem auch,  
Vom hohlen Geist und vom vollen Bauch,  
Und daß unten die Fahrer sich Prämissen holen  
Bei Leuten, die vorher das Volk bestohlen,  
Ein lautes Wort, ein lautes Wort,  
Und sehr viel Wahrheit — dann fährt man fort.

Müßig kam ein Mann aus Junkerland,  
Der war sehr lang vertriebt gewesen,  
Doch wo er jetzt was Trostes fand —  
Sei's Weiber, Sport und allerhand —  
Sah er sein deutsches Herz genesen.

Und wollte es gern, daß man wissen sollte,  
Wer in den Lagen die Augen rollte —  
Und wie macht mans sein,  
Ein Prinz zu sein.

Und dennoch die republikanische Menge  
Nicht anzuschauen zu zürnender Strenge,  
Denn es hobens ja manche noch im Gedächtnis  
Und hütens treu als Monarchenwerdachtis,  
Daß man von Thron und von Volk gelassen  
Und vor der Gerechtigkeit fühnenden Drohen  
Ra, und so weiter — das war einmal,  
Und neues Leben beginnt feudal.

Doch prinzipielle Gnaden erschienen verwundert,  
Als es im Hause fogelich bekannt,  
Daß der Herr aus Dels ganz ungenannt,  
Soeben sistete Mart fünfhundert  
Und die das Faktum sofort begriffen,  
Das waren die Leute, die grausam pfliffen.  
Erst uns bestehlen, erst Volk bestrafen,  
Dann fort mit Geldern in vollen Sägen.

Bei Weibern, Sport und anderen Frauen,  
Da darf man Gelder der Völker vergeuden.  
Und einer von oben, ein reifer Mann,  
Fing gleich mit der Ruhnwendung an,  
Wir machen's mit einem Rennen nicht,  
Der Feind ist wahrlich nicht zu verkennen —  
Härter der Kampf! Und roger die Pflicht!

Da brauchen wir ein Sechstagerennen.  
Und wir wollen es künden, wir wollen es zeigen,  
Wer fleißig wandernd am Ende steigt —  
Roch ehe wir aus dem Sattel steigen  
Seht zu, wie der aus dem Sattel steigt.

## Hockersteuer nach 1 Uhr nachts?

Die städtische Finanzdeputation hatte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit einem Antrage des demnächst scheidenden Räumers Dr. Karding zu beschäftigen, wonach die Luftabgabe für die abzuändernde sei, daß jeder, der nach 1 Uhr nachts in einem Lokal getroffen werde, hockersteuerpflichtig sei. Nach längerem Verhandeln stimmte die Finanzdeputation mit neun Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen sieben Stimmen der bürgerlichen Fraktionen dieser Vorlage zu, zu der nunmehr der Rätegericht Stellung nehmen wird.

## Opfer der Straße.

Ein folgenschwerer Straßenunfall ereignete sich gestern unmittelbar auf der Potsdamer Brücke. Der 25jährige Gärtner Reinhold Wolf aus der Berliner Straße in Lichterfelde wurde beim Ueberfahren des Fahrdammes von einem Lastkraftwagen erfaßt und überfahren. Die Räder des schweren Gefährts gingen über den Verunglückten hinweg. Er wurde zur nahegelegenen Rettungsstelle in der Eichhornstraße geschafft, wo er kurz nach der Einlieferung starb. — In der Ede Boh- und Friedrich-Ebert-Straße geriet der 50jährige Kaufmann Ado in Fischer aus der Jakobstr. 50 zu Magdeburg, der sich befehlsmäßig in Berlin aufhält, unter einen Straßenbahnwagen. Er erlitt einen Schädelbruch und schwere innere Verletzungen und wurde durch einen Wagen des städtischen Rettungsamtes in das Elisabethkrankenhaus geschafft. — Ein weiterer schwerer Unfall ereignete sich gegen 5 Uhr nachmittags an der Strohtreuzung Hermann- und Lothringer Straße. Hier wurde der etwa 50jährige Arbeiter Gustav Böhme aus der Köllner Str. 46 von einer Autodrohse zu Boden gerissen und überfahren. Mit schweren inneren Verletzungen wurde B. in das Krankenhaus am Friedrichshain geschafft. Sein Zustand gibt zu Befürchtungen Anlaß. — Beim Spielen auf der Straße wurde an der Ede Wiener und Stogauer Straße gegen 6 Uhr abends der siebenjährige Schüler Herbert Pletsch aus der Hohmannstr. 46 von einer Kraftdrahse überfahren. Das Kind wurde schwer verletzt zur Rettungsstelle am Götlicher Bahnhof mit von dort in das Krankenhaus geschafft. — Fast um die gleiche Zeit wurde in der Reßhan-Edo Begner Straße zu Reinickendorf der zehnjährige Schüler Paul König aus der Reßhanstraße von einem Personenkraftwagen überfahren. In bewußlosen Zustände mit einem Oberarmbruch und schweren inneren Verletzungen wurde das Kind in das Reinickendorfer Krankenhaus übergeführt.

## Eine Alwin-Gerisch-Straße.

Nach im Verwaltungsbezirk Treptow hat man bei der Benennung neuer Straßen nicht vergessen, das Andenken eines bekannten Sozialdemokraten zu ehren. Unter den neuen Straßennamen für Treptow, die mit Zustimmung des preussischen Staatsministeriums jetzt vom Berliner Polizeipräsidenten bestätigt worden sind, ist eine Alwin-Gerisch-Straße. Genosse Alwin Gerisch war lange in Treptow Gemeindevorsteher und später Bezirksverordneter.

## Albert Wachs' letzte Fahrt.

In den Abendstunden des gestrigen Tages versammelte sich im Krematorium Gerichtstraße in Berlin eine zahlreiche Trauergemeinde um dem Genossen Albert Wachs die letzte Ehre zu erweisen.

Der Buchdruckerergänzerein „Typographia“ lang unter persönlicher Leitung seines Dirigenten Alexander Weinbaum einleitend sehr stimmungsvoll „Sei getreu bis in den Tod“. Dann ergriff der zweite Gauvorsitzende der Berliner Buchdrucker, Genosse Albert Wachs, das Wort. Er zeichnete ein Lebensbild des Verstorbenen, der seiner Gewerkschaft und der Arbeiterbewegung von seiner frühesten Jugend bis zu seinem Lebensende treu geblieben ist. Der unermüdeten Arbeit des Genossen Wachs ist der Aufstieg des Buchdruckerverbandes in erster Linie mit zu danken. „Wir danken dir für alles, was du für uns getan hast und geloben, in deinem Sinne weiter zu arbeiten“. So rief der Redner seinem Amtsvorgänger im Verband der Buchdrucker nach. Er schloß mit den Worten: „Ein Sohn des Volkes sollst du sein und bleibst; nun ruhe sanft, du treuer Kamerad.“ Genosse Matthes rühmte in Albert Wachs vor allem den Freund und Kollegen, der allezeit ein guter Schwärmer und Ratgeber gewesen ist. Im Namen der Geschäftsleitung und des Personals der Vorwärts-Buchdruckerei entbot der Redner dem Verstorbenen den letzten Abschiedsgruß. Für die Redaktion des „Vorwärts“ sprach Genosse Etkorn den Dank aus für die selbstlose Arbeit, die Albert Wachs der Redaktion in schwerster Zeit geleistet. Der Vertreter der 14. Abteilung gedachte in warmen Worten der Tätigkeit des Genossen Wachs für die sozialdemokratische Partei. Dann überlief das Lied: „Ein Sohn des Volkes“ die andachtsvolle Stille. Der Sarg war reich mit Kränzen geschmückt. Redaktion und Verlag des „Vorwärts“ hatten einen großen Kranz mit roter Schleife gewidmet mit der Aufschrift: „Dein Leben war die Pflicht, dein Streben war das Licht“. Die Fahnen lenkten sich und unter den Klängen der Musik sank der Sarg in die Tiefe. Das Andenken des Verstorbenen wird allen, denen er im Leben nähergekommen, unvergessen bleiben.

Genosse Albert Jander, Ranninstr. 38, begeht heute seinen 75. Geburtstag. — Seit 1895 politisch organisiert, war Genosse Jander in den neunziger Jahren besonders in der Arbeiterbewegung tätig. Mit Johannes Tamm gehörte er zum Vorstand des Scherleberverbandes. Alle politischen Ereignisse dieser bewegten Zeit hat der Publizist an führender Stelle mitgemacht und bis in die letzten Jahre besonders in der Gewerkschaftsbewegung immer seinen Mann gefunden.

Sprechchor für proletarische Feiertage. Die Liedersammlung findet in dieser Woche am Sonnabend, den 13. November, abends 7 1/2 Uhr, im Gesangsraum der Sophienstraße, Weinmeisterstr. 16-17, statt. Gäste, die mitsprechen wollen, sind willkommen.

Sangesfreunde, die neugegründete „Volks-Sing-Gemeinschaft Kollberg-Argus“ ist jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, in der Schulaula Kollbergstr. 31, Sangeswillige Frauen, Männer und Jugendliche werden gebeten, sich anzuschließen. Rotenkenntnisse sowie besondere Stimmgabe sind nicht erforderlich.



Der Nachmittagsgast der Serenade, dieser Liedform, die heute nur noch in Oper und Konzertsaal ein stilles Dasein führt. Sogar Toselli war nicht vergessen worden, dagegen vernichtete man Schubert mit seinen Ständchen außer Ujaskomstys schwerblütiger „Serenade melancholique“ und dem Ständchen von Brahms kann kaum die Serenade eines neuartigen Komponisten auf bedeutenden künstlerischen Wert Anspruch erheben. Raff und Popper haben hübsche Einfälle, komponieren sauber und witzig, vermeiden auch das Betonen des Sentimentalen, in dem sich Toselli außerordentlich wohlfühlt, aber diese melodischen Einfälle wiegen zu leicht. Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn sich das Programm allein auf die älteren Serenaden beschränkt, und wenn die Funktionisten einen anderen Sänger gewonnen hätte. Ewald Habich, noch heute ein vorbildlicher Ueberich und Bedmesser, eignet sich nicht zum Liederfänger, seine Stimme ist für den Vortrag von Serenaden zu schwer und zu derb. So blieb Habich den Liebern alten Schmelz schuldig, lang sie allein mit großem Stimmaufwand. Auch Franz von Szymanowski enttäuschte, ließ fall, und nur Julius Bergers weicher Gesangsvortrag wurde dem Thema gerecht. Vorher war wieder einmal eine Novelle fällig, die zweite bereits in dieser Woche. Die Funktionisten können hier mehr Entschlossenheit haben. Am Abend Robert Schumann im Rahmen des „Johannes“, 200 Jahre Orchestermusik mit der Konrad-Duvertüre, der B-Dur-Sinfonie und dem Klavierkonzert Op. 54 in der feinsinnigen Ausdeutung durch Georg Schumann. Werner Mahholz umriß das Lied des „Naturalismus im 19. Jahrhundert“. Sehr eingehend behandelte er die geisteswissenschaftlichen und kulturellen Grundlagen dieses revolutionierenden Stils. Das ganze war weiter Perspektive gesehen. Ministerpräsident Genosse Braun sprach über die Bedeutung des 9. November. Der Rundfunk scheint endlich sein Damastus zu erleben.

## Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 10. November.  
Außer dem üblichen Tagesprogramm:  
1.30-2 Uhr nachm.: Uebertragung des Glockenspiels von der Parochialkirche, Berlin. 2.30 Uhr nachm.: Frauenfragen und Frauenorgane (Margarete Weinberg: „Aus den Anfängen der modernen Krankenpflege“). 4 Uhr nachm.: Jugendbühne (Unterhaltungsspiel). Die Funkprinzessin erzählt: 1. Otto Weddigen; Nebelkannonen. 2. Otto Weddigen; Die Waldgeister. Die Funkprinzessin: Lucie Mannheim. 4.30-6 Uhr abends: Nachmittagskonzert des Ede-Kammerorchesters. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theater- und Filmdienst. 6.30 Uhr abends: Gartendirektor Ludwig Lesser: „Rundschau für Blumen- und Gartenfreunde“ (Der Blumentisch im Winter, ein Zwiegespräch). 7.05 Uhr abends: Geh. Justizrat Prof. Ed. Heifron: Vortragsreihe „Rechtsfragen des Tages“. 7.30 Uhr abends: Hans-Bredow-Schau (Bildungskurse). Abteilung Musikwissenschaft. Dr. Rich. H. Stein: „Altgermanische Musik“ (Die Musik der deutschen Klöster). 8 Uhr abends: Dr. Franz Servaes: Einführung in das Singspiel „Maria Stuart“ am 11. November. 8.30 Uhr abends: Lyrik unserer Zeit. IV. Abend: Rainer Maria Rilke. 1. Einleitende Worte: Dr. Manfred Georg. 2. a) Eingang. b) Kindheit. c) Die Liebende. d) Herbsttag. e) Aus einem April. f) Zum Einschlafen zu sagen (Sibille Binder, Rezitation). 9 Uhr abends: Ulk. Ja, die Liebe. Menschenfresser. Dar Gassenhauer. O by Jingo. Die Liebe im Kuhstall. Eine Adels Gerichtssitzung u. a. m. (Vorgetragen von Irene Ambras, Max Aahner, Franz Baumann und Heinrich Blas. Am Flügel: Ben Geysel). 10-11 Uhr abends: „Die letzte Stunde des Berliner Sechstages-Rennens“ (Uebertragung aus dem Berliner Sportpalast). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. Danach Tanzmusik (Tanzorchester Ede).

Königswusterhausen, Mittwoch, den 10. November.  
12-12.30 Uhr nachm.: Lektor Grandt, Wallinsky: Französisch für Schüler. 12.30-12.40 Uhr nachm.: Mitteilungen des Reichsstadtebundes. 3-3.30 Uhr nachm.: Stud.-Rat Friebe, Lektor Mann: Englisch für Anfänger. 3.30-4 Uhr nachm.: Stud.-Rat Friebe, Lektor Mann: Englisch für Fortgeschrittene. 4-4.30 Uhr nachm.: Dr. Erna Haslacher-Friedenthal: Das geltende Jugendstrafrecht. 4.30-5 Uhr nachm.: Berichte aus dem Zentralinstitut. 5.30-6 Uhr abends: Geh. Reg.-Rat Clainow: Das heutige Rulland. 6-6.30 Uhr nachm.: Dir. Dr. Ing. Litz: Aus dem Betrieb einer Maschinenfabrik. 6.30-7 Uhr abends: Wirkl. Geheimrat von Glasocapp: Aus der Geschichte der Reichsbank während des Krieges und nach dem Kriege. 7-7.30 Uhr abends: Dr. Birkfeld: Bücherstunde: J. P. Kogge. 7.30-8 Uhr abends: Dr. von Erlas: Deutschlands geldliche Interessen und Beteiligungen in China in alter und neuer Zeit. Ab 8 Uhr abends: Uebertragung aus Berlin

Ein gefährliches Feuer kam gestern abend gegen 1/10 Uhr in den Räumen der Bürstenbörstfabrik von Eudmann in den Bernauer Str. 79 zum Ausbruch, das an Holzporträten reiche Rahrung fand. Der Feuerwehrgelang es nach längerer Böhrtätigkeit, ein Weitergreifen zu verhindern. Die Entzündungsurache ist noch unbekannt. Die Aufräumungsarbeiten zogen sich bis kurz vor Mitternacht hin.

Der Nachschulungskurs für männliche Wohlfahrtspfleger des Hauptauschusses für Arbeiterwohlfahrt e. V. beginnt bestimmt am 15. November und schließt Ende März mit einer staatlichen Prüfung. Die zugelassenen Bewerber erhalten persönlich Nachricht. Bewerbungen können noch zugelassen werden und sind zu richten an den Hauptauschuss für Arbeiterwohlfahrt e. V., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Zugelassen werden männliche Wohlfahrtspfleger, die drei Jahre Berufspraxis auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege haben.

Für die Frühjahrsausstellungen 1927 im Großen Schauspielhaus, Schiller-Idaer Charlottenburg und Luzern, Bankow, werden Anmeldungen unter gleichzeitiger Zahlung von 50 M. in den nachstehenden Aufnahmestellen entgegengenommen: Jugendsekretariat, SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof 3 Treppen, Zimmer 11, geöffnet von 9-5 Uhr, Mittwochs und Freitag von 9-7 Uhr. E. Noleph, NW 21, Wilhelmshavenstr. 48 (Vormärts-Str.). F. Kroll, N 65, Utechtstr. 21 (Restaurant). H. Edmich, N 65, Müller-Edo Utechtstr. 21 (Vormärts-Str.). G. Hoffmann, N 58, Utechtstr. 8 (Restaurant). H. Ditt, N 54, Utechtstr. 174 (Vormärts-Str.). R. Dobrowlan, N 57, Spinnmüller Str. 11 (Restaurant). R. Anderson, N 81, Stralunder Str. 19. G. Gerth, N 113, Grefenbagenstr. 21 (Vormärts-Str.). D. Fischer, N 30, Ballanstr. 7 (Vormärts-Str.). F. Ditt, NO 55, Ammannstr. 21 (Vormärts-Str.). B. Müde, NO 18, Landberner Allee 45 I. R. Wartmann, O 34, Königsberger Str. 37 (Wohlfahrts-Str.). R. Welle, O 34, Veitersburger Platz 4 (Vormärts-Str.). 2. Wirtshaus, O 24, Veitersburger Str. 5 (Restaurant). R. Kandi, O 27, Ruchstraße 36 (Vormärts-Str.). F. Bette, SO 36, Glogauer Str. 30 vorn IV, G. Böhm, SO 36, Kautzer Platz 14/15 (Vormärts-Str.). F. Pier, SO 36, Ranninstr. 9 (Restaurant). B. Gallas, Baumhulenenweg, Scherleberstraße 16 vorn III, E. Redelburg, Treptow, Grätzstr. 50 (Vormärts-Str.). Frau Klavilier, Schöneberg, Kollberg-Argus-Str. 7, R. Brite, Schöneberg, Utechtstr. 70, Rathmann, Schöneberg, Veiters Str. 27 (Vormärts-Str.). G. Schaub, Friedenau, Badstr. 9, Frau Ungerer, Bilmersdorf, Bernauer Str. 43 (Siedlung). F. Riese, Lichterfelde-Ort, Lorenzstr. 15, R. Schönweiser, Lichterfelde-Ort, Handelsplatz 5, R. Hamburg, Steglitz, Schloßstr. 103, G. Stubb, Steglitz, Ringstr. 7, Garten III, G. Reigenstein, Rankwitz, Charlottenstr. 34, Charlottenburg: „Vormärts-Exhibition“, Charlottenburg, Ederstr. 1, Dr. Joachimie, Charlottenburg, Kaiserbaum 102 (Vormärts-Str.). Schulz, Charlottenburg, Dronenstr. 12, I. Garten III, Utechtstr. Charlottenburg, Kugelsburger Str. 47, Dr. F. Schmidt, Charlottenburg, Kollnstr. 4 (Laden), Bankow: Konsumverkaufsstellen in Bankow, Wolanstr. 102 und Berlin Str. 47, Konsumverkaufsstellen in Biedersdönhagen, Kaiser-Wilhelm-Str. 79 und Kaiserweg 60.

## Sport.

### Wambst-Laquehay weiter in Führung.

Jagden und Ueberrundungen am Mitternacht.

Die Serenationsnacht des Sechstagerennens hat noch ein kleines Nachspiel gehabt: Bei einer Jagd vermachte Tich nicht recht sein Rad zu beherrschen und schwante ein wenig auf der Bahn hin und her. Ein eifriger Pfleger der Spitzemannschaft Wambst-Laquehay glaubte hierin eine Behinderung seines Fahrers bemerken zu müssen und ging auf den fahrenden Tich mit einer Luftpumpe los! Er mußte aber auf Weisung des Renngenerals den Innenraum verlassen, und als Protest blieb die französische Mannschaft der Bahn fern. Verhandlungen... Man einigt sich: Der Pfleger darf wieder arbeiten, die Mannschaft Wambst-Laquehay erhält eine Strafrunde (jede Rennschicht zeichnet für ihr Pflegepersonal verantwortlich) und 200 M. Geldstrafe. Durch die Verhängung der Strafrunde wird allen anderen Fahrern je eine Runde abgezogen.

### Die Nachmittagswertungen

können, der Tageszeit entsprechend, guten Besuch aufweisen. Im ersten Spurt liegt Knappe vor Tonani, Horder und Koch, während im zweiten Kieger gegen Gottfried, Horan und Tich als erster durchs Ziel geht. Der dritte bildet eine Angelegenheit Horbers. Die nächsten sind Knappe, van Hevel und Tonani. Dem vierten Spurt gewinnt Kerts gegen Horan, Tich und Huchke, Rebe folgt im fünften vor Koch, Wambst und Junge. Den nächsten holt sich Huchke gegen Marcellac, Kieger und Tich. Gottfried ist der Mann des sechsten Spurts, vor Knappe, Junge und Horder. Im achten liegt Rebe, im neunten Gottfried, einmal gegen Tich, Wambst und Horan, das andere Mal gegen Knappe, Horder und Tonani. Endlich der zehnte Spurt mit dem Sieg Kiegers vor van Hevel, Tich und Horan.

Stand des Rennens: 1. Wambst-Laquehay 68 Punkte, 1 Runde zurück Marcellac-Junge 145 Punkte, 3 Runden zurück Koch-Tich 125 Punkte, Kerts-van Hevel 95 Punkte, 4 Runden zurück Huchke-Tonani 174 Punkte, 7 Runden zurück Knappe-Kieger 263 Punkte, 11 Runden zurück Gottfried-Rebe 258 Punkte, Horder-Horan 121 Punkte. Das Resultat der 115. Stunde, 5 Uhr nachmittags, ist: 29 835 Kilometer. Gesamtergebnis: 2 952 330 Kilometer.

### Und wieder Jagden...

In der 9. Abendstunde setzten wieder vor vollbelegtem Hause eine ganze Anzahl Jagden ein. Der unermüdete Tonani ist der erste, der losgeht. Während der Jagd stürzt van Hevel-Laquehay vermag das Feld wieder aufzuschließen. Die zweite Jagd, die bald hinterher folgt, hat Horan zum Anführer. Die Amerikaner können neben Rebe-Gottfried und Kieger-Knappe je eine Runde aufholen. Raum ist diese Jagd beendet, als

Der reichste Mensch ist ein unglückliches Geschöpf wenn er seine Umgebung und die gute Gesellschaft durch üblen Mundgeruch abschreckt.

Eine kräftige Mundspülung mit

# ODOL

vorbürgt frisch-duftenden Atem.



# Sturm auf die Staatswirtschaft.

## Unternehmerverbände gegen die öffentliche Wirtschaft.

Unter Führung des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes veranstaltet die Gesamtheit der Spitzenverbände der deutschen Unternehmer in Landwirtschaft, Industrie, Handel, Import und Export und Versicherungswesen heute eine Kundgebung gegen die Betätigung der öffentlichen Hand in der Wirtschaft. Man zielt planmäßig darauf ab, die gesamte Öffentlichkeit gegen jede wirtschaftliche Betätigung des Reiches, Staates und Gemeinde einzunehmen. Nebenher sollen selbstverständlich auch die Genossenschaftsorganisationen ihr Teil abbekommen. Sinn der ganzen Kundgebung ist, die in Interessentkreisen seit langem gepflogenen Erörterungen zu einem Sturmangriff gegen die Gemeinwirtschaft überhaupt zusammenzuführen.

Die Arbeiterschaft hat an dieser Kundgebung ein besonderes Interesse. Auf ihrer Dresdener Tagung versuchten die deutschen Industriellen zum Ausdruck zu bringen, daß sie gewillt seien, in der Politik ein Stück Weges mit der organisierten Arbeiterschaft zusammenzugehen. Inhalt und Ton der heutigen Kundgebung werden beweisen, ob es in den einfachsten wirtschaftspolitischen Dingen auch nur einen schwachen Stög von der Auffassung der Unternehmer zu der der Arbeiter gibt.

Nicht immer ist das Unternehmertum staatsfeindlich. Man braucht nur den Nachtragsetat, der kürzlich dem Reichstag zugegangen ist, durchzublätern, um deutlich zu erkennen, wie das Unternehmertum die wirtschaftliche Betätigung des Reiches begrüßt, wenn sie ihm zugute kommt. Da werden 15 Millionen Mark neue Kredite für die schon immer so reich bedachten Winzer angefordert, 18 Millionen Mark sollen den Unternehmungen des Flugzeugbaues und des Luftfahrzeugwesens zugute kommen, 4,5 Millionen Mark werden für den Aufbau der deutschen Binnenschiffahrtsflotte den Schiffahrtsunternehmern zur Verfügung gestellt, 14 Millionen Mark sollen für den jetzt gerade besonders „nolleidenden“ Ruhrbergbau bewilligt werden, 18 Millionen Mark gehen an die ober-schlesische Eisenindustrie oder genauer an die Banken, die sich mit ihren Krediten festgehalten hatten und nun mit Reichshilfe die Dividenden erwartungen ihrer Aktionäre befriedigen können.

So war es immer. Gedenkt man der 700 Ruhrmillionen, die der Herr v. Schlieben dem Ruhrbergbau schenkte, gedenkt man der umfangreichen Kredite, die die Landwirtschaft, die Bersten, die Schiffahrtsunternehmungen und eine große Zahl von Einzelunternehmungen unter den verschiedensten Gründen und Vorwänden vom Reich ergattert haben, gedenkt man der Staatshilfe für den Erzbergbau, denkt man an die Exportkreditversicherung, an die Russkredite und nicht zuletzt an die Schutzzölle — dann muß einem in der Tat das Vorgehen der Unternehmerverbände als schäblicher Undank erscheinen. Das haben die Herren v. Schlieben und Dr. Reinhold wirklich nicht verdient.

Es lohnt nicht, die Kundgebung übermäßig ernst zu nehmen, wäre sie nicht ein Ausschnitt aus einem ganz planmäßig organisierten Feldzug. Die außerordentliche Machtenhaltung des deutschen Unternehmertums in den letzten Jahren hat den deutschen Kapitalisten nicht nur große Herrschaftsgebiete im eigenen Staat gesichert; vielmehr ist mit Hilfe eben dieses Staates, dessen wirtschaftliche Betätigung sie jetzt bekämpfen, ihre Macht weit über die Reichsgrenzen hinausgewachsen, sie sind zu internationalen Großmächten geworden. Unmöglich wäre diese ganze Entwicklung gewesen, wenn nicht die Politik des Reiches sie gefördert und unter großen Opfern der Arbeiterschaft jene Atmosphäre in der Weltwirtschaft geschaffen hätte, deren Ruhnieher das deutsche Unternehmertum aller Grade ist. Wenn nun dieser Staat mit seinen Unterorganen, den Ländern und Gemeinden, auch in der wirtschaftlichen Betätigung seine eigenen Ansprüche zu erfüllen sucht, so ist das das Ergebnis einer zwangsläufigen Entwicklung, gegen die keine Kundgebung irgend etwas ausrichten kann.

In ernsthaften Unternehmertreuen gibt es heute auch keinen Streit mehr darüber, daß große Teile der Wirtschaft überhaupt nur von der öffentlichen Hand gelenkt werden können. Wo in der Welt gibt es ein Eisenbahnunternehmen, das wie das deutsche den ungeheuren Transportanforderungen der letzten Monate gewachsen gewesen wäre? Noch vor drei Jahren glaubten einzelne Industrieführer, die Reichsbahn für die Privatwirtschaft beanspruchen zu können — heute redet kein Mensch mehr davon. Die gewaltigen Leistungen in der Organisation der deutschen Elektrizitätsversorgung wären ohne die aktive und opfervolle Mithilfe der öffentlichen Hand nicht möglich gewesen. Eine der größten Glanzleistungen deutscher Industriewirtschaft, die Stickstoffindustrie, verdankt ihr Entstehen ausschließlich dem öffentlichen Interesse und dem öffentlichen Kapitalaufwand. Daß heute Milliardenbeträge, die das erklärliche Mißtrauen kleiner Sparer sonst in der Truhe zurückgehalten hätte, in öffentlichen Sparkassen aufgesammelt und der Wirtschaft wieder zugeführt werden, ist ausschließlich eine Folge davon, daß die öffentliche Hand einsprang, wo die Banken versagten.

Die Beispiele liegen sich noch lange fortsetzen. Zu erinnern ist hier noch an die Versorgungsbetriebe, an den Ausschluß der Wasserstrahlen, an die zahlreichen Notstandsaktionen für die Landwirtschaft — alles Maßnahmen, die ohne ein starkes wirtschaftliches Interesse des Staates nicht denkbar gewesen wären. Man hat dieses Interesse immer zu nutzen verstanden, wenn es der Privatwirtschaft schlicht ging, oder wenn neue Wege zur Entfaltung

rentabler Produktion beschritten werden mußten. Man bekämpft aber die Betätigung der öffentlichen Hand, sobald sie der Privatwirtschaft irgendwie un bequem wird.

Ueber die Hälfte der deutschen Depositen- und Spargelder werden von öffentlichen Banken verwaltet, darunter große Beträge, die sonst wahrscheinlich überhaupt nicht in der Wirtschaft angelegt werden, sondern im Sparstrumpf stecken bleiben würden. Dennoch richtet sich der Angriff der privaten Unternehmer gerade gegen diesen für die Gesamtheit besonders erfolgreichen Zweig wirtschaftlicher Tätigkeit. Mit mehr Recht könnten die öffentlichen Banken gegen die Mißwirtschaft bei den privaten Banken eine Demonstration veranstalten, die monatlang ihre Pflicht gegen die produktive Wirtschaft verjümt und in geradezu herausfordernder Weise einer unsinnigen Spekulation stets neue Mittel zur Verfügung gestellt haben.

Einigen Schein von Recht versuchen die Unternehmerverbände für ihre Kundgebung daraus herzuleiten, daß mit fortschreitender Konzentration der privaten Wirtschaft die öffentliche Hand dazu gezwungen wird, hier und da mit den Profitinteressen des Kapitals in Gegensatz zu geraten. Sie beklagen sich darüber, daß die öffentliche Wirtschaft an einzelnen Stellen als Konkurrent des Privatkapitals auftritt. Diese Konkurrenz ist den Unternehmern lästig. Anstatt danach zu fragen, weshalb sie entstanden ist, bekämpfen sie sie mit dem reichen Register der liberalen Schlagworte. Die freie Konkurrenz soll angeblich bedroht sein. Als ob in dem Lande der dreitausend Kartelle, der größten europäischen Trusts und der weitestgehenden Organisation des Handels überhaupt noch von einer freien Konkurrenz die Rede sein könnte! Ueberall strebt die Wirtschaft nach Preismonopolen, überall will sie den Verbraucher und die breiten Massen der Lohnempfänger ihrem Preisdiktat unterwerfen. Und dabei stört sie die Konkurrenz der öffentlichen Hand, deren Wohltaten das Kapital gern hinnimmt, deren Selbständigkeit es aber vernichten möchte. Es geht tatsächlich um die Kartell- und Monopolrente der großen Wirtschaftsverbände und Trusts, wenn es die öffentliche Wirtschaft bekämpft.

Deshalb soll jetzt zu einem großen Schlage ausgeholt werden. Einigen der Beteiligten, die etwas weiter sehen, ist vielleicht jetzt schon beim Gedanken an diese Kundgebung nicht ganz wohl. Denn wenn sie das Register ihrer Schlagworte überschauen, so haben sie Grund zu der Befürchtung, daß eine derartige Kundgebung das öffentliche Gewissen wahrütteln kann, und daß die angegriffenen Organe ihre Existenzberechtigung nachweisen. Das wird ihnen gewiß nicht schwer fallen, besonders wenn sie sich endlich entschließen, die ungeheuren Fehler, die die Privatwirtschaft während der letzten Jahre gemacht hat, schonungslos aufzudecken.

## Bedenken gegen die Abzahlungsgeschäfte.

### Einzelhandel — Beamte — Genossenschaften.

Die außerordentlich starke Zunahme der Abzahlungsgeschäfte, die jetzt in ganz Berlin und auch in anderen Städten einheitlich organisiert werden, hat uns bereits früher Anlaß zu einer eingehenden Kritik dieser neuartigen Geschäftsmethoden veranlaßt. Es ist nun interessant festzustellen, daß auch im Einzelhandel ein ziemlich starker Widerstand gegen das Abzahlungssystem bemerkbar wird. Es herrscht wohl Uebereinstimmung darüber, daß die finanzielle Organisation durch die verschiedenen Institute den Warenkonsum um 20 bis 25 Prozent, vielleicht noch mehr verteuert. Diese Verteuerung wird dem Konsumenten teilweise nicht unmittelbar sichtbar, muß aber von ihm in irgendeiner Weise aufgebracht werden; daß auch der Händler einen Teil davon tragen wird, ist allenfalls insoweit möglich, als eine wesentliche Steigerung der Umsätze eine Herabsetzung der Generalunkosten gestattet. Das wird aber nicht überall der Fall sein. Man hat im Einzelhandelskreise schon das Schlagwort vom „König Pumper“ an Stelle des bisher üblichen „König Kunden“ geprägt, dem sich der ganze Handel zu beugen hat. Das Eigenartige ist, daß die wenigsten Einzelhändler öffentlich mit ihren Bedenken hervortreten, obwohl diese von großer volkswirtschaftlicher Tragweite sind. Es ist sogar damit zu rechnen, daß viele der Widerstrebenden aus Konkurrenzgründen sich dem Abzahlungsgeschäft anschließen werden, obwohl sie das Experiment für gefährlich oder direkt schädlich halten.

Vor allem rechnet man damit, daß man überhaupt nicht viel neue Kunden gewinnen wird außer denen, die schon jetzt auf Abzahlung kaufen. Da die Konsumfinanzierungsgeschäfte bei einer Rückversicherung gedeckt sein müssen, die praktisch darüber entscheidet, ob jemand Kredit bekommt oder nicht, werden fast ausschließlich Festbesoldete in Betracht kommen, unter ihnen viele, die infolge ihres niedrigen Gehalts schon heute in Abzahlungsgeschäften kaufen. Tritt aber die Erweiterung des Kundentreffes nicht in wesentlichem Umfange ein, so bedeutet die Neuorganisation des Abzahlungsgeschäfts keine Schaffung neuer Nachfrage, sondern höchstens die Vorwegnahme von Anschaffungen, die später doch erfolgen würden. Der Arbeiter wird dann im allgemeinen nur als Barkunde erwünscht sein und dieser Barkunde wird wahrscheinlich mit dazu beitragen müssen, daß die Ausfälle, die dem Abzahlungsgeschäft entstehen, durch Ueberpreise gedeckt werden.

Vor allem befürchtet man im Einzelhandel, daß nach der Verallgemeinerung der Abzahlungsgeschäfte eine ganz irreguläre Preisbildung im Bargeschäft eintreten wird. Für den Barkunden braucht der Einzelhändler an seine Bank keine Zinsen zu zahlen. Er wird ihm also in den verschiedensten Formen

Rabatte gewähren, sei es als Kassastrom, sei es in anderer Form. Um nun die Rabatte möglichst hoch erscheinen zu lassen — mit ihnen wird man in der Hauptsache ja den Konkurrenzkampf führen —, wird man die Grundpreise um so mehr aufschlagen. Schließlich kennt sich niemand mehr aus, die Konkurrenz wird durch das Angebot verschiedener Qualitäten verschärft. So kann es in der Tat dahin kommen, daß zwar sehr viele Geschäfte dem Kunden Kredit geben, daß aber sehr bald diejenigen Geschäfte das meiste Vertrauen beim Kunden haben, die an ihr Firmenschild schreiben: „es wird nur in bar verkauft“.

Es ist außerordentlich bezeichnend, daß die Beamten selbst gar nicht übermäßig von der Neuorganisation erbaut sind, weil sie ebenfalls die Gefahr einer Verteuerung des gesamten Konsums erkennen. Eine Beamtenkorrespondenz veröffentlichte kürzlich eine warnende Notiz, die u. a. darauf hinweist, daß bei Inanspruchnahme der Konsumfinanzierung die Beamten sich von einem ganz kleinen Kreis von Geschäften abhängig machen.

Entschiedene Gegner des Abzahlungsgeschäfts sind noch wie vor die Konsumgenossenschaften, die das Pumpgeschäft seit jeher auf das entschiedenste bekämpft haben und ihre Mitglieder zu Sparern, d. h. zur Wirtschaftlichkeit zu erziehen suchen. Sie sehen darin die einzige Gewähr dafür, daß die großen Verbraucher-massen ihre Unabhängigkeit als Konsumenten behalten. In besonders leidenschaftlicher Weise wendet sich der Führer der Konsumgenossenschaftsbewegung Heinrich Kaufmann in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ gegen die Ueberhandnahme der Abzahlungsgeschäfte, von denen er befürchtet, daß sie den Konsum mindern anstatt steigern werden.

Die Arbeiterschaft kommt, wie erwähnt, als Kunde ja ohnehin kaum in Betracht. Immerhin sei darauf verwiesen, wie ungeheuerlich Lohnbewegungen erschwert werden, wenn ein großer Teil der organisierten Arbeitnehmer an den Handel verschudet ist. Das gilt insbesondere für die Angestellten, deren Kundshaft man viel mehr suchen wird.

Die Bedenken gegen eine allzu starke Ausdehnung des Abzahlungsgeschäfts, das in gewissen Grenzen sicherlich viefür sich hat, mehr denn sich also. Trotzdem wird man an der ganzen Bewegung nicht achtlos vorübergehen dürfen angesichts der großen Kapitalmengen, die dafür angewandt werden, und des großen Anreizes, den dieses Geschäft für die breiten Volksmassen bietet. Wir werden daher alle Erfahrungen, die in diesem neuen Geschäftszweig gemacht werden, weiter kritisch nachprüfen.

## Konzentrationen in der Binnenschiffahrt.

Nachdem die durch die Entwicklung des Kraftverkehrs, durch die Vereinigung kombinierter Betriebe auf den besten Standort und durch die starke Verkehrskonkurrenz ins Hintertreffen gekommene Binnenschiffahrt sich bisher (teilweise mit Erfolg) auf die Förderung staatlicher Subventionen beschränkt hatte, scheint auch sie sich jetzt auf die Selbsthilfe durch Betriebskonzentration stärker zu bekümmern. So wird jetzt der bevorstehende Zusammenschluß von fünf bedeutenden Flugschiffahrtsgesellschaften gemeldet. Die Neue Norddeutsche Flugschiffahrt und Dampfschiffahrtsgesellschaft hat durch Vermittlung der Commerz- und Privatbank von der Vereinigte Elbschiffahrtsgesellschaft A. G. ein größeres Aktienpaket übernommen. Auf den Anfang Dezember stattfindenden Generalversammlungen soll ihre Vereinigung durch Austausch und Zunahme von Aufsichtsratsmitgliedern vorbereitet werden. Die aufzunehmende Neue Norddeutsche Flugschiffahrt und Dampfschiffahrtsgesellschaft beherrscht ihrerseits die „Deutschland“-Schnelldampfer G. m. b. H. und ist auch an der Schlesischen Dampfer-Compagnie Berliner Nord A. G. maßgebend beteiligt. Auf der anderen Seite besteht zwischen der aufzunehmenden Vereinigte Elbschiffahrt A. G. und der Neuen Deutsch-Böhmischen Elbschiffahrt A. G. seit Oktober 1925 eine Betriebsgemeinschaft, so daß der Zusammenschluß einen beträchtlichen Teil der deutschen Binnenschiffahrt zu gemeinsamer Wirksamkeit vereinigen wird.

Wie alte Eisenhütten sich rentabel halten. Zu einem großen Spezialwerk der verarbeitenden Industrie sind seit ihrer Fusion mit den „Herzoglich“ Schleswig-Holsteinischen Eisen- und Emailierwerken die Warsteiner Eisenwerke (Westf.) geworden, die das interessante Beispiel einer aus Urpäterzeiten erhaltenen, aber durch ihre außerordentlich starke Spezialisierung rentable Eisenhütte sind. Der Gesellschaftsbericht nennt aus dem vereinigten Produktionsprogramm folgende Hauptprodukte: Röhren, Heizkörper, rohe und emaillierte Sanitärgegenstände, Kanalisationsguf, Badewannen, gußeisernes Geschir, Herde, Oefen, Maschinen- und Bauguf, Pianoplaten, Gasverformaturen, Grauguf für den Eisenbahnbedarf, Härte-, Glüh- und Schmiedeeisen für Gas- und Delferung, Wassergasanlagen und Wagenachsen aller Art. Den Vorteil dieser reich differenzierten Produktion charakterisiert der Gesellschaftsbericht treffend dahin, daß den Verchiebungen auf den Absatzmärkten leicht Rechnung getragen werden kann. Die Fusion diente der systematischen Unterverteilung der Produktion, die weitverzweigte Bage der Werke ermöglicht vielfache Frachtvorteile und macht von lokalen Arbeitsverhältnissen unabhängig. Schon im vorigen Jahre verteilte das Warsteiner Werk 10 Proz. Dividende. Nach der Fusion sind die Gewinne fast vervierfacht, und nur die Erhöhung des Kapitals von 1,6 auf 4,3 Mill. jenseit die diesjährige Dividende auf 7 Proz. In den fünf Werkskomplexen wird eine Belegschaft von 2200 Arbeitern und Angestellten beschäftigt.

Gütersloher Wurstwaren 5 Proz. Dividende. Auch für die Fleisch- und Wurstwarenindustrie meldet die Vogt u. Wolf A. G. Gütersloh, die in ihren Betrieben 150 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, fühlbare Auswirkungen der Wirtschaftskrise: schwankende Rohproduktpreise, unregelmäßige Beschäftigung und auch unzureichende Aufträge aus Bädern und Kurorten. In den Gewinnen sind die Störungen allerdings nicht erkennbar. Der Warengewinn ist von 0,99 auf 1,02 Mill. (bei 800 000 Mark Kapital) gestiegen, die Gesamtunkosten allerdings etwa im gleichen Verhältnis ebenfalls. Dennoch ist der Gewinn mit 70 000 gegen 68 000 M. noch etwas höher. Wie im Vorjahr wird eine Dividende von 5 Proz. verteilt.

## Hautausschlag, Beinschäden

(Krampfadern), auch veraltete Wunden, Hautjucken und Plecthen heilt die milde und wohltuende, seit 100 Jahren bewährte San.-Rat Dr. S. rahl's Haussaibe.

Original-Dose 4 M. 1.25, 2.50, 4.30 versendet spesenfrei  
Elefanten-Apothek, Berlin SW. 19 Leipziger Straße 74, am Dönhofsplatz

# Neu!

# MAGGI'S Buchstaben - Suppe

eine feine Eier-Teigwaren-Suppe - 1 Würfel für 2 Teller nur 13 Pf.



# Kaiserdebatte im Reichstag.

## Majestät haben draußen zu bleiben!

Am Anschluß an die Abstimmungen zur Erwerbslosenfrage beriet der Reichstag am Dienstag den Nachtragsetat. Dazu nahm zunächst das Wort

### Reichsfinanzminister Dr. Reinhold:

Der Finanzminister begrüßt es zunächst, daß der Reichstag jetzt den Weg einer gesunderen Finanzpolitik beschritten und die Steuern den wirklichen Bedürfnissen angepaßt habe. Er schildert dann die bekannten Abmachungen mit dem Reparationsagenten, durch die eine wesentliche Verbesserung der Liquidität der Reichshauptkasse erreicht worden sei. Das Abkommen habe dem Reich auch wesentliche Ersparnisse gebracht. Durch diese und andere Ersparnisse konnte ein Drittel der Mehrausgaben gedeckt werden, weitere 90 Millionen aus dem Mehraufkommen aus den Zöllen. Mehreinnahmen sind auch aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer erzielt worden. Im ersten Halbjahr 1926 blieb zum erstenmal das Aufkommen aus der Lohnsteuer mit 530 Millionen zurück hinter dem Ertrag der übrigen freien Einkommensteuer, die 563 Millionen brachte. Die Umsatzsteuer, die Vermögens- und Erbschaftsteuer blieben hinter den Einnahmen zurück, während der Ertrag der Körperschaftsteuer von 94 Millionen im Vorjahre auf 198 Millionen in diesem Jahre gestiegen ist.

Das Gesamtaufkommen sämtlicher Steuerarten wird den Einnahmen so übersteigen, daß es berechtigt war, 90 Millionen Mehraufkommen zur Deckung des vorliegenden Nachtragsetats heranzuziehen.

Dem Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichsarbeitsministers stimme ich durchaus zu. Wir haben 200 Millionen als Zwischenkredite für den Kleinwohnungsbau zur Verfügung gestellt. Dadurch werden 40 000 neue Wohnungen geschaffen und es werden damit 120 000 Bauarbeiter aus der unterliegenden Erwerbslosenfürsorge herauskommen. Wir ersparen damit also etwa 84 Millionen an Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge. Ähnlich liegt es auch mit dem Kredit, den wir der Reichsbahn zur Fertigstellung angefangener Bahnbauten geben. Auch damit wird die Zahl der Erwerbslosen vermindert und die ganze Wirtschaft wird damit belebt. Es ist immerhin ein Fortschritt, wenn statt der 2 Millionen im Februar heute nur noch 1,3 Millionen unterstützte Erwerbslose vorhanden sind. Zur Deckung können wir eine neue Anleihe von 372 Millionen aufnehmen, so daß wir zur Aufnahme von insgesamt 965 Millionen Anleihe ermächtigt sind. Wir haben aber von der Ermächtigung zur Lombardierung von Schatzwechseln noch keinen Gebrauch gemacht. Wir werden auch jetzt noch nicht den Anleihenmarkt in Anspruch nehmen, sondern werden den Zeitpunkt dazu sorgsam auswählen. Trotz der Steuerermäßigungen haben wir eine Finanzgebarung, die zwar hart die Grenze des Defizits streift, die aber doch sich in durchaus soliden Bahnen bewegt. Erster sieht die Lage aus, wenn wir die Finanzen der Länder und Gemeinden betrachten. Wir wollen ihnen im Wege des Finanzausgleichs helfen und erwarten dann, daß sie besonders die vielfach überspannten Realsteuern senken werden. Jedenfalls kann festgestellt werden, daß die Erwartungen, die das Reichsfinanzministerium im Frühjahr ausgesprochen, sich erfüllt haben. Ich darf wohl von der Royalität der Deutschnationalen annehmen, daß sie anerkennen, daß ihre damaligen pessimistischen Prophezeiungen in keiner Weise eingetroffen sind. Wollen wir die Erwerbslosennote beseitigen, dann brauchen wir eine gesunde Finanz- und Wirtschaftspolitik, gute Handelsverträge und ein gutes Einvernehmen mit dem Auslande. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ein kommunistischer Antrag, die Minister Gehler und Stingl zu den Beratungen herbeizurufen, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Bäckischen abgelehnt.

### Abg. Saenger (Soz.)

begründet den von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Gesetzentwurf, monach den Mitgliedern der ehemals regierenden Fürstenfamilien der Aufenthalt im Reichsgebiet verboten werden solle, wenn dadurch das Wohl der Republik gefährdet werde. Dem ehemaligen Kaiser Wilhelm II. soll das Betreten des Reichsgebiets untersagt werden. Für den Fall, daß Wilhelm II. feindliche Unternehmungen gegen das Reich oder Preußen richtet, kann das seiner Familie zuerkannte Vermögen eingezogen werden. Der Redner weist darauf hin, daß die Bedeutung dieser Frage von niemandem geleugnet werden könne, und deshalb sei es notwendig, sich eingehend damit zu befassen. Die wirtschaftlichen Fragen, die mit dem Nachtragsetat verbunden sind, wird der Abg. Robert Schmidt als zweiter Redner der sozialdemokratischen Fraktion behandeln. Bevor die staatspolitische Begründung für diesen Antrag gegeben wird, erscheint es notwendig, sich mit dem bisherigen Verhalten der Kommunisten

### Verhalten der Kommunisten

auseinanderzusetzen. Sie (zu den Komm.) haben sich im Preussischen Landtag einiges geleistet, aber wir nehmen diese Sache nicht allzu tragisch, nachdem wir wissen, wie Ihre Enttäuschung vorbereitet werden. Einer Ihrer früheren Fraktionsangehörigen hat aus dem Jahre 1924/25 berichtet, daß jeder von Ihnen veranstaltete Spektakel vorher beschlossen worden ist und daß dazu die Anweisungen von Rosa kamen. Wie lagen die Dinge in Preußen? In einem Punkte gebe ich Ihnen recht, die Republik hat in der Frage der Fürstenvermögensenteignung und der Fürstenbehandlung vieles verjährt und vieles nicht getan. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber was war vor acht Jahren in diesen Stunden das Wichtigste? War alles für die Arbeiter war es das Wichtigste, daß die Einheit des Reichs erhalten blieb. Sie, meine Herren Kommunisten, haben für diese große geschichtliche Notwendigkeit niemals irgendwelches Verständnis bewiesen. Aber Sie haben auch nicht nachgesehen, was Karl Marx darüber geschrieben hat. Sie haben auch niemals darüber nachgedacht, wie sich Ferdinand Lassalle im Jahre 1859 dazu geäußert hat. Wer außerhalb dieses Hauses behaupten sollte, es sei nicht wahr, daß wir Sozialdemokraten aus innerer Überzeugung die Enteignung der Fürstenvermögen wollten, den würde ich einen Demagogen schelten. (Sehr wahr bei den Soz.) Wir sind für die entschuldigungslose Enteignung eingetreten, wir haben bei dem Volksentscheid darüber einen großen Erfolg erzielt, aber zum restlosen Sieg reichte er nicht aus. Die Frage wurde dadurch den einzelnen Parlamenten zurückgegeben, und wie man sie dort behandelt hat, das war eine Sache der Taktik.

Ob man es auf Prozesse ankommen oder den Vergleich annehmen sollte, das mußte im Landtag entschieden werden. Es war dort nicht mehr zu erreichen, und darum billigen wir durchaus die Haltung unserer Freunde im Preussischen Landtag.

Dort ist nichts anderes geschehen, als was unter aktiver Anteilnahme des Herrn Hertz als sächsischer Minister in Sachen geschah. Dort ist dem Vergleich mit den Westländern mit den gleichen Gründen auch von Ihren Freunden (zu den Komm.) zugestimmt worden, wie jetzt in Preußen dem Vergleich mit den Hohenzollern zugestimmt worden ist.

Sie, meine Herren Kommunisten, werfen uns vor, wir hätten Verrat geübt. Aber in den hinteren Reihen Ihrer Fraktion, auf der politischen Galerie, sitzen Ihre ehemaligen Führer, wie Herr Swanow K., wie Frau Fischer, wie die Herren Redner

meier und Scholem, die nach Ihrer Auffassung gleichfalls Verrat am Proletariat verübt haben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Alle die Leute, die heute dort hinten sitzen, sie waren gestern noch die Führer des proletarischen Klassenkampfes, diese Verräter waren gestern dazu berufen, gegen uns das Wort vom Verrat zu sprechen. Gestern noch die einzigen berechtigten Klassenkämpfer, heute Verräter am Proletariat. (Große Heiterkeit.) Und da möchte ich doch nun die Frage aufwerfen, ob die Art und Weise, wie Sie diese Sache im Preussischen Landtag vertreten haben, den Lebensinteressen des Proletariats den größten Schaden zugefügt haben. (Sehr wahr.) Ich halte es für verständlich, daß in großen Schichten des Bürgertums Zweifel darüber entstehen, ob der Teil der Arbeiterklasse, der solchen Führern folgt, dazu berufen ist, die menschliche Gemeinschaft zu höheren Zielen zu führen. (Sehr richtig! bei den Soz., Zurufe bei den Komm.) Es sind ja auch bei Ihnen genug Herren, die diesen menschlichen Takt der Gesellschaft zu wahren wissen.

Rum wird uns von deutschnationaler Seite gesagt werden, wie schwach muß doch die Republik sein, daß sie derartige Maßnahmen nötig hat. Ich erinnere aber daran, was Bismarck im Jahre 1872 dem Grafen Henckel geschrieben hat. Ich erinnere auch daran, was die französischen Royalisten getan haben, um die Rückkehr Napoleons zu verhindern. Der Grund für unseren Antrag liegt aber darin, daß die Wiederkehr des ehemaligen deutschen Kaisers eine Herausforderung wäre, wie man sie einem freien Volke in der Geschichte noch niemals geboten hat. Als unser Antrag in der Öffentlichkeit bekannt wurde, wurde in den rechtsstehenden Zeitungen dagegen eingemeldet, daß man dadurch ein Recht der Demokratie verleihe. Leider haben die Demokratie und die Republik bisher viel zu wenig Gelegenheit genommen, um ihre Rechte zu wahren, sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß geradezu tierische Verbrecher heute noch in Ihrem (nach rechts) Lager Schutz gefunden haben. (Sehr richtig.) Hätte der demokratische Staat von seinem Recht Gebrauch gemacht, dann wäre es nicht möglich gewesen, daß unter einem demokratischen Reichswehrminister ein Skandal aufstand, der heute noch in der Öffentlichkeit steht. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Der Verlust der Staatsangehörigkeit war ja aber auch schon im kaiserlichen Deutschland möglich. Er wurde ausdrücklich ausgesprochen für Reichsdeutsche, die außerhalb des Landes verblieben sind.

Das noch heute geltende Gesetz besagt, daß Treulosigkeit gegenüber seinem Vaterlande den Verlust der Staatsangehörigkeit nach sich ziehen muß. Unser Antrag ist daher nur eine Ergänzung des heute noch geltenden Rechts. Meine politischen Freunde sind außerdem der Anschauung, daß es für ein freies Volk besser ist, aus eigener Erkenntnis selbst Beschlüsse zu fassen, als sie sich von Ausländern aufzwingen zu lassen. Ich glaube allerdings nicht an einen solchen Fall, aber die Handlungsweise Wilhelmss allein zwingt uns dazu, einen solchen Antrag einzubringen.

Auch Herr Rupprecht von Wittelsbach wird in zunehmendem Maße ein Objekt der bayerischen Königsmaher. Im Jahre 1918 hat er die Veränderung des Staatswesens, als sie durch die verfassungsgebende Nationalversammlung vollzogen war, auch für sich als geltendes Recht anerkannt. Im Jahre 1923 hat er aber erklärt, daß er in die Rechte seines Hauses wieder eintreten wolle.

Inzwischen haben sich auch die monarchistischen Kundgebungen in Bayern vermehrt. Herr Rupprecht hat allerdings gesagt, ihm stünde das Volk höher, als sein eigenes Interesse, aber das haben auch jene Kurfürsten gesagt, die ihre eigenen Landesfürsten an das Ausland verkauft haben. (Sehr richtig!) Ich muß es als nicht fair bezeichnen, daß dieser Kronprinz es nicht für nötig hält, das offene und ehrliche Wort zu sprechen, er sei ein Privatmann und denke nicht daran, seine sogenannten Rechte geltend zu machen. Das Wort hört man aber nicht von ihm. In Rosenberg hat man erst kürzlich bei einer Demonstration die Stadt mit den königlichen Farben geschmückt und ein bayerischer Monarchist hat sich dazu versteigert, er bitte den lieben Gott, daß ein König die Jügel wieder in die Hand nehme, „wir müssen uns frei machen von der Weimarer Verfassung“. Es ist nicht anständig und nicht königlich, daß Herr Rupprecht zu all diesen verräterischen Taten einfach schweigt, zumal das Verhalten auch dieses „hohen Herrn“ beim Zusammenbruch des deutschen Volkes, als er gleichfalls nach Holland übertrat, unsozialistisch, um nicht schlimmeres zu sagen, war. (Sehr richtig!)

Ein Führer der Deutschen Volkspartei hat einmal erklärt, daß man die große Vergangenheit eines Volkes achten solle, auch bei staatspolitischen Ummächtigungen. Auch wir unterschreiben diesen Gedanken. Es ist selbstverständlich, daß ein freies Volk sich seiner großen Vergangenheit erinnert. Wenn eine Partei das Recht hat, auf die Vergangenheit zu schauen, dann sind es wir Sozialdemokraten, denn oft genug haben wir in den Jahrzehnten des Kaiserreichs unsere warnende Stimme erhoben. In es waren herrliche Zeiten damals, und wer das nicht glaubt, der mag dem Kate der „Kreuzzeitung“ folgen und für 25 Pf. ein Buch kaufen, in dem der frühere Kaiser selbst spricht. Unser Monarch, der sich für 25 Pf. kaufen läßt. (Heiterkeit.) Wilhelm konnte alles, er gelächte, er baute, er malte, er verkleidete in Bielefeld, daß der Arm des deutschen Kaisers bis zu den entlegensten Gegenden der Welt reiche. Er ließ riesige Schlachtenpläne für andere Staaten, er schimpfte auf die Ultramontanen, die man hängen mußte, er schenkte den französischen Seefahrten Schokolade, den fremden Offizieren Orden. Aber wenn er als Monarch von Gottes Gnade alles konnte, wenn er noch am 28. November 1918 den Rat der Volksbeauftragten bitten konnte, daß sein Geld und seine Schätze nicht berührt werden sollten,

eines konnte er nicht, er konnte nicht kämpfen, er konnte nicht sterben für die Ehre seines Hauses und seiner Heimat.

Jetzt hören wir aus Doorn, daß er Bäume schlägt, daß sein Arm so stark sei, daß er mit einem einzigen Hieb den ältesten Baum fällen könne. (Große Heiterkeit.) Er ist der Gleiche geblieben auch nach seiner Flucht, der Gleiche auch im Schimpfen. Soll die Republik einen solchen Monarchen jemals wieder hereinlassen? Wenn ein Kriegerdenkmal enthüllt wird, dann telegraphiert er, daß es ihm schwer falle, im Ausland zu leben und von der Mitarbeit ausgeschlossen zu sein. Aber was der Republik Anlaß zu Denken gibt, das ist die Tatsache, daß er nicht nur einmal, sondern wiederholt klar ausgesprochen hat, er hoffe den königlichen Thron wieder zu besteigen. Selbst im Exil hat dieser Mann es noch nicht über sich gebracht, von den Beschimpfungen des deutschen Volkes abzulassen. Er hat es als ein Verbrechen bezeichnet, daß das deutsche Volk Belgien räumen und Bedingungen annehmen mußte, die so schwer waren, wie sie wohl niemals vorher ein Volk annehmen mußte. Diese Vorwürfe erhebt ein Mann, der sich selbst jeder Verantwortung entzogen hat. Monarchal telegraphiert er selbst, manchmal auch sein Sohn Oskar, der Zigarettenoskar. Dieser Zigarettenoskar hat mit einem Manne in Verbindung gestanden, der angeklagt war, ein Attentat auf den Reichsaussenminister vorbereitet zu haben. Als Thronpräsident bleibt dann nach dem Herr Kronprinz, von dem in der „Kreuzzeitung“ geschrieben wurde, er trage in seinem Blick die Züge des königlichen Hauses. Man sehe auf den ersten Blick, selbst wenn man nicht wüßte, wer es sei, die Familienähnlichkeit.

Diese Familienähnlichkeit konnte man auch am vorigen Sonntag bei dem Sechslagerennen in Berlin bewundern, wo der Kronprinz 500 Mark listete und auf einem Plakat schamhaft angekündigt wurde: „Von einem allen Sechslagerend aus Dets.“ (Heiterkeit.) Ich glaube, man darf es sagen, ruhmloser und unförmlicher ist noch niemals eine Dynastie niedergeunken wie die der Hohenzollern. (Sehr richtig!)

Und nun ein offenes und ehrliches Wort: Heute vor acht Jahren hat sich das Schicksal unseres deutschen Volkes vollzogen. Die Arbeiterklasse allein mußte, was sie dem deutschen Volke schuldig sei. Sie hat das Reich gerettet, als das Reich der Hohenzollern zerfiel. Die Arbeiterklasse hat das fortgesetzt, was das Bürgertum im Jahre 1848 gefordert hat. Jahre lang haben Sozialdemokraten im Kaiserreich im Gefängnis zugebracht, weil sie einen Mann beleidigt haben sollten, der wegen Feigheit sein Soldatenleben nicht einsehen wollte. Gegen Wahlrechtsdemonstrationen wollte dieser Mann die Garde alarmieren, das Volk hat er als Lumpenpad beschimpft. Freilich haben damals Minister, Generale und teilweise auch bürgerliche Parteien noch unter ihm gestanden, was Charakterlosigkeit andeutet. 14 1/2 Millionen haben für die entschuldigungslose Enteignung der Fürstenvermögen gestimmt. Was glauben Sie wohl, wie viele Millionen es sein würden, wenn sie kämpfen sollten unter der Parole Wilhelm oder nicht!

Heute vor acht Jahren haben die deutschen Arbeiter das Vaterland gerettet und dieses Volk hat das Recht darauf, daß es nicht bei demokratischen Bestimmungen bleibt, sondern daß es auch zu demokratischen republikanischen Taten kommt.

Die Enterteten, die soviel gelitten haben, haben ein Lebensrecht darauf, daß das geschieht, was die Sozialdemokratie jetzt will. Jetzt soll auch das deutsche Volk zu Gericht aufgerufen werden und sein Urteil kann nur in dem Befehl an Wilhelm gipfeln: Seine Majestät haben draußen zu bleiben! Und diesen Befehl erteilt die deutsche Republik. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Lindener-Wildau (Dnat.) wendet sich gegen die Ueberweisung des sozialdemokratischen Antrages an den Rechtsausschuß. Die ehemals regierenden Fürsten müßten dieselben Rechte genießen, wie alle übrigen Staatsbürger. Seine politischen Freunde seien durch die Entlassung des Generalobersten v. Seeck außerordentlich beunruhigt worden, es sei zu bedauern, daß der Reichswehrminister durch seine Startheit diese Entlassung herbeigeführt habe. Unter Vertrauen zum Wehrminister ist dadurch weitgehend erschüttert worden. Der Redner hofft, daß General v. Heyne im gleichen Sinne wie sein Vorgänger arbeiten und sich dabei durch parteipolitische Querbeleben nicht stören lassen werde. Die von den Abg. Löbe geforderte Republikanisierung der Reichswehr bedeute eine schwere Schädigung, da sie dadurch politisiert werde. Die Deutschnationalen seien jederzeit bereit, die Verantwortung für das zu tragen, was sie vorschlagen. Die Mittelparteien sollten nun sehen, wie sie zwischen Theorie und Praxis dieses Parlamentarismus eine Uebereinstimmung fänden. Die Art, wie der Reichsfinanzminister den Umbau seiner Verwaltung vorgenommen habe, sei mit der Verfassung nicht vereinbar. Bedauerlich seien die Angriffe, die der preussische Ministerpräsident vor kurzem gegen das Berufsbeamtentum gerichtet habe. Auch die Verunglimpfung der Rechtspflege sei ungründet. Die Offiziere, die sich vor acht Jahren der Republik zur Verfügung gestellt hätten, hätten damals den Staat gerettet. Die Jugend müsse durch Wiederherstellung des christlichen Charakters unserer Jugendzucht wieder auf den richtigen Weg geführt werden. Am 9. November sei die wahre Freiheit nicht erreicht worden. Nur in dem Gelste der Freiheit vom August 1914 könnte das deutsche Volk wieder wahrhaft frei in einem freien Vaterlande werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Neubauer (Komm.) stellt wieder einmal die Behauptung auf, daß die Sozialdemokratie in der Behandlung der ehemaligen Fürsten vor allem beim preussischen Hohenzollernvergleich das Volk verraten habe. Die schwarze Reichswehr habe in Sachen und Thüringen unerhörte Bestialitäten verübt. Der Hauptschuldige daran sei der Reichswehrminister Dr. Gehler, der sich noch zu verantworten habe. Herr Gehler selbst habe Ausweise schwarzer Reichswehrangehöriger unterschrieben. Es dürften nicht nur die kleinen Verbrecher bestraft werden. Ebensoviele wie dem Wehrminister dürfe man dem Innenminister Dr. Kütz trauen, das zeige sich am deutlichsten bei dem Jenburger gegen Schmutz und Schund und bei seinem reaktionären Vereinsgeheiß. Der Redner begründet schließlich die Anträge seiner Fraktion auf Ausweisung und Enteignung der ehemals regierenden Fürsten. Die Weiterberatung wird gegen 7 Uhr auf Mittwoch 3 Uhr vertagt.

## Elektrowirtschaft in Preußen.

### Die Regierungsvorlage im Landtag verabschiedet.

Der Landtag setzte am Dienstag zunächst die Beratung des Gesetzentwurfs über die Bereitstellung von Geldmitteln zur Ausstattung des staatlichen Besitzes an Elektrizitätsunternehmungen fort.

### Handelsminister Dr. Schreiber:

Die Elektrizitätsunternehmungen haben volkswirtschaftlich eine rasch steigende Bedeutung. In den letzten 10 Jahren hat sich die Zahl der installierten Kilowatts verdreifacht. Dabei verbraucht Deutschland auch gegenwärtig auf den Kopf der Bevölkerung erst 142 Kilowattstunden. Der Staat muß dafür sorgen, daß das ganze Land mit elektrischer Kraft versorgt wird, aber er kann sich in seiner Tätigkeit nicht auf die ungünstigen und unproduktiven Gebiete beschränken lassen. Noch bedeutsamer als die rein geschäftliche Tätigkeit ist für den Staat die Regulierung und der Ausgleich unserer Strompreise und die gemeinsame Schaffung von Wasseranlagen. Der Staat denkt nicht daran, nur um der Konkurrenz willen unwirtschaftliche Investitionen zu machen, aber wir können uns auch nicht dazu verstehen, bestimmte Gebiete einzelnen Elektrizitätsunternehmungen des Reiches oder der Privatindustrie zur Ausbeutung zu überlassen. Wir wollen vielmehr gemeinsam mit allen anderen Elektrizitätsunternehmungen an einer

### großzügigen Rationalisierung

mitwirken. Wir wollen auch dafür sorgen, daß die Kette bis zum letzten Verbraucher nicht zu lang und die Verteilung der elektrischen Kraft billig wird und rechnen dabei auf die verständnisvolle Mitwirkung der Kommunalverbände, in deren Hand die meisten Stromverteilungsanlagen liegen. Das Installationsgeschäft und der Betrieb elektrischer Bedarfsartikel soll ohne öffentliche Konkurrenz den lebensfähigen Handwerksbetrieben überlassen bleiben. Das staatliche Hoheitsrecht der Enteignung muß von der geschäftlichen Betätigung des Staates vollkommen getrennt gehalten werden. Auch die allgemeinen staatspolitischen Aufgaben sind verwaltungsmäßig von den Geschäftsbetrieben zu trennen. Entsprechende Vorlagen wird ihnen die Regierung demnächst unterbreiten. Das deutsche Reich würde gerade wegen seiner großen elektropolitischen Aufgaben besser nicht als Unternehmer auf diesem Gebiet auftreten. Im übrigen sollen alle Elektrizitätsunternehmungen miteinander Hand in Hand arbeiten. (Beifall.)

### Abg. Dr. Waentig (Soz.):

Die Geschichte der preussischen Elektrizitätspolitik ist bis in die letzten Jahre hinein eine Geschichte der verpackten Gelegenheiten. Augenblicklich beschäftigt uns die Streitfrage der Abgrenzung des Tätigkeitsgebietes der verschiedenen Elektrizitätsunternehmungen. Darüber werden wir uns mit Herrn Dr. Hermes nicht

verständigen, der in das privatrechtliche RBE. (Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswert) blind verfiel ist. Für uns handelt es sich um die rein praktische Frage, aus dem gegenwärtigen Zustand latenter Kriegsführung in einen Zustand des Einvernehmens, aus dem Konkurrenzkampf heraus in ein Kartell zu kommen. Dabei denken wir nicht nur an Gebietsartellierung; es gibt auch Produktionsartelle, Gewinnartelle usw. Das Haus darf sich nicht programmatisch auf eine bestimmte Kartellform festlegen. Leitend muß bei der Verständigung über die Interessensphären die Wahrung des öffentlichen Interesses sein. Eine Verteilung nach Interessengebieten schafft die Möglichkeit privater oder halb öffentlicher Monopole, die wir vermeiden müssen.

Als Endpunkt der ganzen Entwicklung werden wir mit einem ganz Deutschland umfassenden Elektrotrust zu rechnen haben. Heute aber haben wir es zunächst mit der Ausgestaltung der preussischen Elektrizitätswerte zu tun. Für sie brauchen wir eine Neuorganisation zur rationalen Zusammenfassung der Betriebe über den bisherigen rein kapitalmäßigen Zusammenhalt hinaus.

Die endgültige Entscheidung über diese Organisation sollte nicht ohne Anhörung aller geeigneten Sachverständigen fallen. Lehtes Ziel aller staatlichen Elektropolitik muß die möglichst billige Versorgung des letzten Abnehmers mit Licht und Kraft sein. Entscheidend dafür ist die Senkung der Verteilungskosten. Deshalb muß der Staat entweder unmittelbar an den letzten Abnehmer liefern oder sich entscheidenden Einfluß auf die Zwischeninstanzen sichern. Auf diesem Gebiet hat das RBE. manche beachtliche Vorarbeit geleistet. Nicht ausschlaggebend darf die Befürchtung sein, daß die Herabsetzung der Zinsgeminne bei der Verteilung des elektrischen Stroms zur Steuererhöhung in den Gemeinden führen könnte. Die Erhebung überspannter Preise für elektrisches Licht und Kraft ist auch nichts anderes als eine Steuer und eine rückständige und ungerechte obendrein. Unter den aufgezeigten Gesichtspunkten soll die preussische Elektropolitik dem Gemeinwohl dienen. (Braun! links.)

Abg. Pinkernell (D. Sp.): Wir verlangen völlige Klarheit über den Geldbedarf des preussischen Staates für seine Elektrownernahmen. Der Staat muß sich schleunigt mit RBE. und Elektrowerken verständigen. Wenn er den Wirtschaftsführern so feindselig gegenübersteht wie jetzt in der Elektrowirtschaft, kann er seine Aufgabe nicht erfüllen.

Abg. Schwegel-Berlin (Konun.): Das Zetergeschrei des Privatkapitals ist ganz überflüssig. Niemand will ihm seine Profite rauben. Der Staat ist viel zu spät und viel zu rücksichtsvoll vorgegangen.

Abg. Dr. Joff (Dem.): Wir kommen bei der Elektrizität zum Staatsmonopol wie bei den Eisenbahnen.

Aber heute können wir die Pionierarbeit der Privatunternehmungen noch nicht ausschalten. Immerhin hat Preußen schon heute in diesem wichtigsten aller Wirtschaftszweige große soziale, kulturelle und nationale Interessen. Wir sind entschieden gegen jedes Privatmonopol und wünschen dringend, daß das Reich seine Elektrowerke an Preußen abträte. Der Staat muß vorsichtig an neue Unternehmungen herantreten, aber er darf sich keinen Aufgaben auch nicht entziehen und darf dabei weder vor der Rainlinie noch vor der Rheinlinie zurücktreten. (Beifall links.)

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Müller-Franken (Sp.) schließt die Debatte.

Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Ohne größere Aussprache werden darauf eine ganze Reihe von Anträgen des Hauptauschusses, des Ausschusses für Handel und Gewerbe und des Beamtenauschusses angenommen. Beschlossen werden u. a. Staatsbeihilfen für den Bau der Landsberger Barthe-Brücke und die Besserung der Verkehrsverhältnisse im Ostpreussischen Moosbruch. Ebenso wird der Antrag angenommen, der Organisation der bildenden Künstler 100 000 M. und der Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger sowie deren Bestandskasse für 5 Jahre je 50 000 M. zuzuwenden. Die Zuschüsse für die notleidenden Grubenbetriebe des Siegerlandes sowie des Bahn- und Dillgebietes, des Sauerlandes und des Huntrüdes werden nach warmer Befürwortung durch den Abg. Oster (Soz.) bis Ende 1926 weiter bewilligt. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Mittwoch, 12 Uhr: U. a. Abstimmung über das Rüstungsverbot gegen den Innenminister.

## Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Filiale Groß-Berlin

Zum 30 jährigen Bestehen der Filiale Berlin

# 4 Festversammlungen

am Freitag, den 12. November, abends 7 Uhr, in den

Germania-Festsälen, Berlin, Chaussee-  
straße 110 / Andreas-Festsälen, Berlin,  
Andreasstraße 21 / Erbes Festsälen,  
(früher Klicm), Neukölln, Hasenheide 13  
Nationalhof, Berlin, Bülowstraße 37

Tagesordnung:

30 Jahre Gemeinde- und Staatsarbeiter-Organisation

Referenten: die Kollegen:

Albert Gessner, Willi Gnadt, Carl Polenske, Gustav Schaum

In den Versammlungen wirken mit die Chöre des Arbeiter-Sängerbundes Fichte-Georgia, Hegar-Chor, Liederfreunde Norden, Männerchor Moabit. / Wir erwarten zahlreiche Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen. / Mitgliedsbuch legitimiert!

Die Ortsverwaltung

# Ein unbequemer Nebenkläger.

## Zusammenstöße im Landsberger Prozeß.

Die gestrigen Verhandlungen in Landsberg verliefen zum großen Teil resultatlos, da sich die Zeugen weigern, dem Rechtsanwalt Dr. Löwenthal zu antworten, und eine Reihe von Fragen nicht zugelassen wird. R. A. Dr. Löwenthal fragt den Zeugen Oberleutnant a. D. von Senden, wie weit seine Strafgewalt ging und welcher Art sie war. Das Gericht beschließt, die Frage abzulehnen. R. A. Dr. Löwenthal beantragt, die Zeugen Schöler und Großmann zu laden, um die Richtigkeit der Aussagen von Sendens nachzuprüfen. Der Vorsitzende lehnt den Antrag ab und verurteilt den Zeugen. Der Oberstaatsanwalt stellt die Behauptung auf, daß Untersuchungsrichter Grafke vom Landgericht III

bei Schulz Akten vorgefunden hat, die sich mit Betrügern befassen.

Das Gericht beschließt, Dr. Grafke nicht zu vernehmen, da es ungeeignet sei, den Untersuchungsrichter über ein schwebendes Verfahren zu hören, dessen Akten den Angeklagten nicht kennen. Es folgt die Vernehmung des ehemaligen Oberleutnants Stantin. Er erklärt, er wisse nicht, ob er über seine Tätigkeit beim Stabe des Wehrkreiskommandos III ausfragen dürfe. Das Wehrkreiskommando III habe ihm verboten, über organisatorische Fragen auszufragen, wie ja auch Hauptmann Reiner nur beschränkt ausfragen dürfe. Seine Vernehmung verläuft durchaus negativ. Weiterer Zeuge ist Diplomaltdwirt Feuerlein, der behauptet, sich nicht als Zivilangestellter, sondern als Soldat der Reichswehr gefühlt zu haben. Er hat im Bureau des Schulz die Akten über Diebstähle und Verräterei geführt. Er hat die Akten später dem Hauptmann Ebersbach übergeben, von dem durch Zeugenaussage festgestellt wird, daß er in Wirklichkeit Grafunder hieß. Auch diese Vernehmung verläuft negativ.

Als R. A. Dr. Löwenthal fragt, ob der Zeuge die Akten des später ermordeten Sand gesehen habe, fährt der Vorsitzende dazwischen: „Das gehört zum großen Gebiet der allgemeinen Beschuldigungen.“

Ein weiterer Zeuge, der ehemalige Feldwebel Thiemer, bearbeitete die Akten vor Feuerlein. Nach seiner Aussage hat ihn Oberleutnant Schulz mit der Funktion eines Gerichtsoffiziers betraut. Schulz verbot ihm, seine Stellung jemandem mitteilen zu lassen. Er hat u. a. auch mit ihm Zusammenstöße gehabt und festgestellt, daß Sand kein Offizier sein durfte. Weiterhin beschäftigten sich die Akten mit Lebensmitteln, Automobilbeschreibungen und ähnlichen Dingen. „Unser Hauptgesprächsthema“, so führt der Zeuge aus, war: „wann geht es los, wann dürfen wir eingeseht werden?“ Es hieß hin und wieder,

es sei ein Mann weggegangen.

Die Kommunisten hätten Beseitigung der SA-Deute versucht. Vorj.: Haben Sie die Munitionsschiebung Jante bearbeitet? Zeuge: Das kann sein, ich weiß es aber nicht mehr. Ich habe oft das Ergebnis meiner Untersuchung Oberleutnant Schulz vorgetragen. Im Falle Weiskamp hat ich um Entfemung dieses Offiziers, aber Schulz sagte, man solle es doch noch einmal versuchen. Im Falle Sand meinte Schulz: „Überlassen Sie mir das.“ Sand, der selbst zu mir gesagt hatte, er sei ein vollkommenes Subjekt, hat sich meiner Meinung nach bei Oberleutnant Schulz nicht mehr sehen lassen. Vorj.: Was wurde denn aus dem Aktenstück? Zeuge: Schulz gab es mir zurück und ich hob es im Tischkasten auf. Vorj.: Haben Sie auf einem Aktenstück den Vermerk gesehen: „An Klapproth zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung.“ Zeuge: Ein solcher Vermerk ist niemals angeordnet oder gemacht worden. R. A. Dr. Löwenthal: Wie ist der Fall Leutnant Boed erlebt worden? Zeuge: Leider wurde nur wenig getan, man war der Ansicht, daß der Mann zuviel ausplaudern könne und ließ ihn laufen. Der Mann trieb sich dann, nachdem er seine Kameraden bestohlen hatte,

im Westen Berlins als Zuhälter

herum. R. A. Dr. Löwenthal: Befand eine Abrede, wie man Schiebung usw. erledigen sollte? Sollten die Täter dem Gericht übergeben werden? Zeuge: Nein, denn dann wäre doch alles veraten worden. Solche Leute ließ man einfach laufen. R. A. Löwenthal: Hat Schulz Sie einmal angewiesen, die Akten dem Gericht zu übergeben? Zeuge: Das weiß ich nicht, da Hauptmann Reiner und Oberleutnant Schulz die Entscheidung trafen. R. A. Dr. Löwenthal: Wissen Sie etwas über das Zusammenhalten Büschings und Fahlbuschs? Zeuge: Sie hatten hohe Aufgaben, nämlich sie hatten von den Kommunisten Waffen und Munition zu holen. Als R. A. Dr. Löwenthal darauf an den Zeugen die Frage richtet, ob er gewußt habe, daß die drei die Mordkommission hielten, brauft der Zeuge auf, er habe den Eindruck, daß er beeinflusst werden solle und wünsche, nur vom Vorsitzenden befragt zu werden.

Die Befragung wird abgebrochen und nach einer kurzen Pause Oberlandjäger Gerlach vernommen, der die Munitionsschiebung Gädike-Jahnte aufklärte und

dem Oberst Gudovius darüber Meldung erstattete.

Auch er will nur dem Gericht Rede und Antwort stehen, so daß R. A. Löwenthal den Verdacht äußert, unter den Zeugen bestehe eine Verabredung, ihm nicht zu antworten. Die Befragung bleibt negativ.

Der nächste Zeuge ist Hauptmann der Reichswehr Lindig, früher bei der Kommandantur Rüstern. Auch er hat nur bedingte Aussageerlaubnis. Nach seiner Aussage sollte der Fall Gädike-Jahnte wie jeder andere dem Gericht zur Befragung übergeben werden. Auf Vorschlag des Leutnants Knüppel

wurden die Schuldigen festgenommen. Auf mehrere Fragen antwortet Lindig zunächst, er wisse nicht, welche Rolle Schulz gespielt habe. Er erinnere sich an nichts mehr. Als aber der Vorsitzende fragt: Sie sollen Oberleutnant Schulz überhaupt erst informiert haben? sagt plötzlich der Zeuge: Ich weiß wohl, daß wir darüber gesprochen haben. Er war durchaus meiner Meinung, daß die Täter dem Gericht übergeben werden müssen.

Auf Befragen den Rechtsanwalt Dr. Sad bestätigte dann Oberlandjäger Gerlach, daß tatsächlich Oberleutnant Schulz ihn mit Hauptmann Lindig vor der Kommandantur Rüstern getroffen habe. R. A. Dr. Löwenthal: Dann haben sich die Arbeitskommandos eine Vollzeigewalt angemahnt, die sie nicht befehlen.

Es folgt die Vernehmung des Obersten Gudovius. Er sagt: Oberleutnant Schulz hat mich als Zeugen angerufen, daß er mir die Verhaftung der Gädike und Jante vorgeschlagen hat. Ich erinnere mich dessen. Ich billigte das auch, um beide vor der Wut der Kameraden zu schützen. Es habe vollständige Uebereinstimmung darüber geherrscht, Jahnte-Gädike vorläufig festzunehmen und sie dem Gericht zu übergeben. Schulz hatte den Befehl dazu von mir. Vorj.: Wie sah es mit der vorläufigen Festnahme aus, da doch die Arbeitskommandos eigentlich keine Strafgewalt hatten? R. A. Dr. Löwenthal: Durch Beantwortung dieser Frage könnte sich der Zeuge einer Verfolgung wegen Freiheitsberaubung aussetzen. Zeuge: Eine Strafgewalt in den Arbeitskommandos hatte ich nicht, aber es hatte sich in den Arbeitskommandos mit Einverständnis aller einer gewisse Disziplinergewalt herausgebildet. Das war eine interne Angelegenheit. Die Festnahme führte ich als Kommandant aus, genau so, wie ich später den Major Buchruder festnahm. Es waren beides außer-gewöhnliche Fälle, in denen ich mich als Polizei fühlte. Jeder, dem es nicht gefiel, wurde entlassen. Als R. A. Löwenthal danach fragt: Galt das auch für die Arrestanten? kommt es zu einem

scharfen Zusammenstoß mit dem Vorsitzenden.

Vorj.: Herr Dr. Löwenthal, es ist derselbe Fall wie gestern. Sie gehen zu weit. Ihre nächste Frage wird lauten, ob Gädike damit einverstanden war, daß er festgehalten würde. R. A. Dr. Löwenthal: Ich muß die Unmöglichkeit dieser Antworten doch nachweisen können. Vorj. (erregt): So, vielleicht behaupten Sie noch, der Kommandant von Rüstern habe die Hand zum Gistmord geboten. R. A. Dr. Löwenthal: Die

Einstellung ist hier allgemein gegen mich.

Als R. A. Löwenthal die Frage stellt, ob Schulz berechtigt war, Degradationen vorzunehmen, beanstandet Verteidiger Sad diese Frage. R. A. Löwenthal: Ich will nachweisen, daß Schulz Anstiftung zum Mord getrieben hat. Das Gericht beschließt, die Frage nicht zuzulassen.

Bei der weiteren Vernehmung weigert sich Gudovius, Löwenthal zu antworten. R. A. Löwenthal stellt den Antrag, Erweiterung der Aussagegenehmigung für Oberst Gudovius zu erwirken. Daraufhin ist Zeuge Gudovius plötzlich bereit, die Fragen des Anwalts zu beantworten, da er nicht an einer Verzögerung der Verhandlung schuld sein wolle. Aber als der Rechtsanwalt fragt, ob der Oberst Gädike und Jahnte erst dann dem Gericht übergeben habe, als man Garantien hatte, daß die Verhandlung nicht vor aller Öffentlichkeit stattfinden sollte, lehnt Gudovius die Beantwortung ab.

Vorj.: Herr Rechtsanwalt, ich kann dem Zeugen diese Einstellung nicht verdenken. Wir haben denselben Fall wie gestern, als Sie den Zusammenstoß mit Amtsgerichtsrat Leigmann hatten. Das Vorgehen der Zeugen ist durch die Art Ihrer Fragestellung hervorgerufen worden. Sie können es einem juristisch nicht vorgebildeten Zeugen schließlich nicht verdenken, daß er sich so einstellt, wie es Oberst Gudovius tut. Es gibt immer eine Grenze.

R. A. Dr. Löwenthal beantragt, auch diesen Vorgang zu protokollieren. Justizrat Mamroth: Herr Oberst, haben Sie von dem Fall gehört, daß Oberleutnant Schulz jemals eine Strafe verhängt hat? Zeuge: Nein, dazu hatte er auch kein Recht; denn er war nichts anders als Angestellter der Kommandantur. Vorj.: Herr Oberst, nach dieser Befragung müssen Sie auch auf Fragen des Herrn Nebenklägers antworten, denn Sie können selbstverständlich

nicht einseitig für Schulz ausagen.

Oberst Gudovius erklärt sich dazu auch bereit. Als aber Löwenthal die Frage an ihn richtet, ob Schulz als Zivilangestellter das Recht hatte, sich einen Gerichtsoffizier zu halten, verweigert der Oberst die Auskunft. Und als Löwenthal fragt, ob der Oberst das Recht hatte, Leute in Arrest zu halten, bis er die Sicherheit hatte, daß die Leute nichts sagen würden, erklärt Gudovius: Aber jetzt lehne ich es definitiv ab, noch irgendein Wort zu sagen. R. A. Dr. Löwenthal: Diese Erklärung genügt mir. Hierauf wurde die Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

# Die Kaffeebohne

verlangt die Zutat von  
**„Weber's Carlsbader“**  
zur stärkeren Entfaltung ihres  
Reichtums an Duft und Würze!

## Moderne Winterkleidung zu niedrigsten Preisen

Herren-Mäntel	
Winterulster aus farbigen Flachsrisikofasern . . . . .	30 <sup>00</sup>
Winterulster aus marengo- und gemarterten Stoffen . . . . .	36 <sup>00</sup>
Winterpaletots mit Semikragen, marengo oder schwarz Kakimo . . . . .	50 <sup>00</sup>
Winterulster aus modern karierten u. gemarterten Stoffen mit Absteife, gute Qualität u. Verarbeitung . . . . .	55 <sup>00</sup>
Rockpaletots marengo und schwarz Cheviot in vollendetem Paßform . . . . .	65 <sup>00</sup>
Eleganter Ulster in bester Verarbeitung aus dunklen Stoffen mit Absteife . . . . .	75 <sup>00</sup>
Winterpaletots, Maßersatz aus prächtigen Rafinestoffen . . . . .	95 <sup>00</sup>
Modell-Ulster aus besten Maltstoffen, in hervorragender Ausführung . . . . .	110 <sup>00</sup>

Winter-Joppen	
Herrn-Joppen zweifach, hochgeschlossenen, warm gefüttert . . . . .	13 <sup>50</sup>
Winterjoppen hochgeschlossene Form mit Mull- u. Seidenfasern, grüner oder brauner Loden, 21. . . . .	18 <sup>00</sup>
Winterjoppen aus höchstem Trikotloden, warm gefüttert . . . . .	24 <sup>00</sup>
Winterjoppen Sportform, verschiedene Farben und Formen . . . . .	30 <sup>00</sup>
Sportjoppen aus vorzüglichem Trikotloden, warm gefüttert . . . . .	38 <sup>00</sup>

Damen-Mäntel	
Wintermäntel aus gemarterten Flachsrisikofasern . . . . .	13 <sup>50</sup>
Flotter Mantel aus Velours de laine, Blumenform . . . . .	29 <sup>00</sup>
Solider Frauenmantel Velours de laine, halb gefüttert . . . . .	36 <sup>00</sup>
Eleganter Ottomans-Mantel halb gefüttert, in verschied. Farben . . . . .	39 <sup>00</sup>
Velours-Mäntel mit reichem Pelzbesatz, tolle Formen . . . . .	40 <sup>00</sup>
Elegante Wolplüschmäntel braun, grau auf Damascus . . . . .	60 <sup>00</sup>
Persianer-Mäntel limit. gefüttert, hervorragende Ausführung . . . . .	60 <sup>00</sup>
Sealplüschmantel hochgeleigt, spärliche Fütterung, vorzügliche Qualität . . . . .	115 <sup>00</sup>

Gesellschaftskleidung Smoking- u. Abendanzüge in Seidenpelz v. . . . .	85 <sup>00</sup>
Frackanzüge elegante Ausführung . . . . .	95 <sup>00</sup>
Der vornehme Tanzanzug in vornehmster Paßform . . . . .	110 <sup>00</sup>

Pelze	
Herren-Sportpelz moderne Stoffpelze, verschied. Pelz-Fütterung, Op. aus u. Walski, Hamster u. s. w. nach Qual. u. Fellart 275. . . . .	125 <sup>00</sup>
Herren-Gehpelze Besatz schwarz Molton od. Drapé mit Elektrik, 1/2-2 1/2-3, 150. . . . .	175 <sup>00</sup>
Jagdpepelze Bayrische Lodenpelze mit Schalpelzfütterung . . . . .	190 <sup>00</sup>
Chauffeurpelze kräftige Stoffpelze mit Schalpelzfütterung, Aermel- u. Kragen mit Wollschutz, Schalpelz- oder Opossum- u. Nerz-Fütterung, je nach Qualität und Art . . . . .	135 <sup>00</sup>
Autopelze moderne Stoffpelze m. Ueberkroon m. Schalpelz, Walski u. Nerz-Fütterung, austral. Opossum od. Opossumschweif-Fütterung, je nach Qualität u. Fellart 300. . . . .	250 <sup>00</sup>
Ledersportpelze für Herren und Damen, zohelgefüttert Opossum-Seitenfütterung mit australischem Opossum . . . . .	250 <sup>00</sup>
Pelzjoppen Schalpelzfütterung, Stoffbesatz in verschiedenen Farben . . . . .	85 <sup>00</sup>
Pelzjoppen für Motorradfahrer, grauer Kordebesatz, Lammfellfütterung, Opossumschweif- oder Biberfellfütterung, je nach Qualität . . . . .	125 <sup>00</sup>
Damenpelzjackett schwarze Fobling 171. . . . .	57 <sup>00</sup>
Damen-Pelzmäntel Marmel 375. . . . .	193 <sup>00</sup>

Weiterfeste Windjacke m. Absteife 27<sup>00</sup>  
Ledersportjoppen braun von 90. . . . . 59<sup>00</sup>  
Kameelhaar-Lodenmäntel imprägn. . . . . 38<sup>00</sup>

**BaerSohn**  
NUR Chausseestraße 29-30  
Untergrundbahn Scharfener Bahnhof

Knaben-Ulster, geschmackvolle Form, mollige Stoffe v. 11. — an  
Jünglings-Ulster, eleg. Herren-Form, mod. Stoffe von 21. — an

## Eine Kopeke.

Von A. Soritsch.

„Berzeigung, ich habe nicht die Ehre, Sie zu kennen — aber haben Sie nicht zufällig von der Fischhandlung Jakob Dsiga u Sohn in Astrachan gehört? Sie sehen den Chef dieses Hauses vor sich, und zwar: Jakob Westropowitsch Dsiga. Ich selbst bin nur mit Kupfergeld erzogen worden und nicht mit besonderen Kenntnissen begabt, doch achte ich den Schriftmenschen; er hat viel Verstand.“

„Einst haben wir gut gelebt, einen schönen Handel gehabt — trockene Fische, gefalzene, halbgefazene, gefrorene, rote Fische, Kaviar, bevor uns der Herrgott mit seiner Gnade verlassen hat. Doch im Jahre 1918 mußte ich mich zur Ruhe setzen und bis zum letzten Fischfang spielte ich mit Kindern, las die Werke des Herrn Reznikow Betscherst, der von Bergen und Wäldern erzählt und ließ das Grammophon, das man für die Aufklärung der Massen damals noch nicht beschlagnahmt hatte, im Speicher Kirchenlieder des heiligen Wlissin spielen.“

Zur Zeit des vorigen Fischfangs kommt mein Sohn Gritscha zu mir und sagt: „Papachen, mir ist heute im Traum ein Floh erschienen. Er hatte viele Beine und fragte mit ihnen derart herum, daß die Wölken flogen.“

„Run,“ sagte ich, „das bedeutet Geld. Vom Floh wird das in jedem Traumbuch behauptet.“ „So ist es,“ sagte er, „das bedeutet Geld. Und deshalb werden wir in der ganzen föderativen Republik mit gefalzenen Fischen handeln.“ Natürlich schlug ich das Kreuz über ihn: Will er vielleicht bis zu den Sternen spucken? Was für einen Umsatz kann man heute machen? Das Staatsmonopol mit seinen Rubeln müßte uns doch sofort vernichten. „Das tut nichts,“ sagte er, „sie werden mit Rubeln und wir mit Kopeken fechten. Wissen Sie denn nicht, Papachen, daß die Monopolleute, die Fische verkaufen, kein Blut haben? Sie sind wie Gallerte, kalt und ohne Leben. Bevor die sich umdrehen, werden wir den halben Fang verkauft haben.“

Seit diesen Worten verlor ich die Ruhe und den Schlaf. Träume andauernd nur von Stör und Kaviar und so deutlich, daß es mir im Mund ganz solzig wurde und ich Kaviarbröckchen zwischen den Zähnen spürte.

Zu den großen Fasten borgten wir uns bei einem guten Menschen Geld mit 18 Prozent, kauften drei Waggon Stockfische und fuhren damit in die Stadt Nowgorod-Sewersky zu den Kleinrussen. Das ist ein gesegneter Ort, weil die Kleinrussen während der Petersfasten ohne Fische und in derselben Lage sind wie die Schnepfen im Kornspeicher: viel Futter und nichts zu essen.

Wir kamen an und erkundigten uns bei den Leuten, welches Staatsorgan sich hier mit Fischverkauf beschäftigt. Mein Sohn Gritscha ging zum Lager der Monopolleute, um als gewöhnlicher Bürger einen Fisch zu kaufen. Als er zurückkam, sagte er: „Unser Geschäft, Papachen, wird ausgezeichnet gehen.“

„Wiefo denn?“ fragte ich, „ist die Ware unbrauchbar oder liegt es am Preis?“ — „Nein, die Ware ist frisch und nicht teuer, aber, verstehen Sie mich recht, für jeden Fisch müßten erst vier Quittungen ausgestellt werden und die Beute haben keine Geduld. Sogar der Kleinrusse, der sehr vorsichtig zu kaufen gewohnt ist, sogar der wartet und wartet und plötzlich schreit er, der ungebildete Mensch: „Tummelt euch doch, zum Teufel noch einmal!“ Man antwortet ihm ordnungsmäßig: „Bürger, wenn Sie keine Zeit haben, kaufen Sie anderwärts.“ — Das paßt uns.“

Erst nahmen wir uns vor, denselben Preis wie der Staat festzusetzen, dann aber ließen wir eine Kopeke nach, und mit dieser Kopeke wollten wir unseren Erfolg machen.

Mittwoch eröffneten wir unseren Laden, setzten den Preis um eine Kopeke niedriger an als der Staat. Sonntag, muß ich Ihnen sagen, ist der staatliche Laden verlassen geblieben wie eine Telegraphenstange im Feld. Da kam der Verwalter zu uns und sagte: „Was macht ihr da? Ihr untergräbt den Staat?“ — „Machen Sie sich keine Sorge,“ sagte ich, „lassen Sie auch eine Kopeke nach. Das wird noch lange kein Verlust sein.“ — „Das kann ich nicht,“ sagte er, „diese Kopeke gehört nicht mir, sondern dem Staat. Für diese eine Kopeke dürfte man sich dorthin schicken, wo die Wölfe spazieren gehen. Ich habe aber schon eine Anfrage verfaßt und ihr habt nicht mehr als drei Tage zu atmen.“

Run, wir verkauften und er sandte Anfragen. Nach elf Tagen bekam er ein ausgefertigtes Schreiben. Um welche Kopeke es sich handle und von welchem Quantum man sie nachlassen sollte: vom Zentner, vom Kilo, vom Duzend oder von jedem Fisch, und wie die Marktsituation sei. Der Verwalter antwortete und wartete wieder elf Tage. Dann kam wieder ein ausgefertigtes Schreiben. Wir haben noch immer Zeit, die Kopeke nachzulassen. Schreiben Sie uns aber Ihre Ansicht darüber, welcher Verlust uns aus dieser Kopeke erwachsen wird. Ferner machen Sie die Fischinventur.“

Wir verkaufen schon den zweiten Waggon, und er, der Arme, arbeitet bis in die späte Nacht hinein, zählt die Fische zusammen und schreibt eine Nummer nach der anderen auf. Dieser Kopeke wegen hat er sich sogar eine Mappe gekauft, um die Berechnungen dort aufzubewahren — ein ordnungsliebender Mensch.

Um der Sache ein Ende zu machen: sie schrieben einander andert-halb Monate. Wir verkauften alles und ließen in der Kirche ein Ledeam beten. Die Erlaubnis, besagte Kopeke nachzulassen, kam erst, als die Stockfischsaison vorbei war. Da sagte mir mein Sohn Gritscha: „Papachen, habe ich Ihnen nicht gesagt, daß die Monopolleute machtlos sind? Sie haben Rubel, und wir besiegen sie mit einer Kopeke.“

Und ich sehe, daß es wahr ist, solange Gott unsere Sünden ver-trägt. Und jetzt bereiten wir schon die zweite Partie vor.“

(Aus dem Russischen von Elsa Brod.)

## Auf einer Estanzia.

Stimmungsbild vom argentinischen Landleben.

Von Frih Carl Hoegels.

Man tritt aus dem Haus und sieht sich um: die Welt ist nur noch eine runde grüne Scheibe — vielleicht auch mal silberne, vom Tau oder auch vom Reif. Oder an einem düstigen warmen Nachmittage vermischt sich die schatze, grüne Horizontlinie mit einem weichen blauen Ton, so daß sie in die tiefblaue Luft überzugehen scheint. Aber es ist nur der Farbton, den die wachsende Beleuchtung verändert. Die Sache an sich bleibt unweigerlich dieselbe: ein vollkommen flaches, grünes Kreisland rings um einen herum.

Ein Mensch ohne Pferd oder ohne Wagen ist in diesem unabhäufbar grünen Zirkel ein Mensch ohne Beine. Er sitzt in seiner Cosa so einsam wie auf einer Insel im Ocean, ab-geschritten von der Welt.

Alles reitet, der Herr und der Knecht — und wenn es Bettler gibt, sogar die. Wie soll man sonst weiterkommen? — Die Land-

## Das deutschnationale Betrugsmanöver.



Es ist ein aller Teufel jener Kreise, Armen falsches Geld zu geben!

strecken sind ungeheuer. Wo es Eisenbahnen gibt, liegen die An-siedlungen doch oft so weit, weit von den Bahnhöfen, und die Arbeitsfelder ein und derselben Estanzia wiederum liegen viele Kilometer weit auseinander. Es geht über oft herzlich schlechte Wege oder meistens quer über den Camp; da ist das Pferd, stark, camp-gewohnt und vernünftig, das rascheste und sicherste Fortbewegungsmittel.

Melancholisch ist das, diese ewige, unabhäufbare Fläche ohne Baum und Strauch, ohne Haus und Hügel. Es stimmt das Gemüt nicht heiter; eher schwermütig und nachdenklich. Und man denkt un-willkürlich, dieses Land, erst regiert, bevölkert, müßte einmal eine schwere und nachdenkliche Sorte von Menschen hervorbringen. Vielleicht ist dieses harte und einsame Leben leichter für Männer als Frauen zu ertragen und für den Estanziero und Magordomo wiederum leichter als für seine Leute. Die Estanzierfamilie kann doch öfter in die größeren Bequemlichkeiten der Kulturwelt flüchten. Viele Landbesitzer leben überhaupt nicht draußen, sondern in Buenos Aires oder Europa und überlassen ihrem Magordomo die Bewirtschaftung der Estanzia.

Aber was kann man sich einsamer denken, als das Leben einer Postersfamilie. — Der Postero, sehr weit von den Gebäuden der Estanzia postiert, hat Tausende von Hektaren zu überwachen, ob die Windmühlen in Ordnung sind, die Wasser in die Tränk-rinnen und Tantsumpen fürs Vieh schafften, ob ein Stück Vieh krank oder gefallen ist, ob die Tiere Drahtseilgammungen eingerissen haben, die auf ungeheure Entfernungen hin das ganze Weideland in einzelne Parzellen zerlegen. Der Mann liegt den ganzen Tag über — oft auch die Nächte — im Sattel, die Frau ist mutter-seckelallein in der grünen Einsamkeit und immer auf sich allein angewiesen. Was zart ist, paßt eben nicht auf den Camp und geht einfach zugrunde.

Langweilig erscheint uns der Camp, wenn man ihn vom Bahn-wagenfenster aus sieht. Langweilig und einsam und schwermütig. Aber die grüne, flache Einsamkeit belobt sich, wenn man hindurch-reitet — oder fährt. Und wenn man mit einem erfahrenen „Camp-mann“ reitet oder fährt, da lernt man begreifen, wie Menschen es darin aushalten und wie sie diese eintönige Ebene sogar lieben können: einfach, weil für den, der hier zu Hause ist, der Camp seine Eintönigkeit verliert.

Da reiten wir von hause weg in den Camp hinaus. In den Poteros dicht bei der Estanzia grasen die wertvollen Zuchtstiere und -bullen. Da sehen wir echt belaische Hengste und Durham-bullen, für deren „Schönheit“ dem Richtrichter das richtige Ver-ständnis abgeht. Auch wenn er schwarz auf weiß gesehen, daß die großen Fächter für so ein Geschöpf bis 60000 Pesos ausgeben! — Daneben grasen die zahmen Reit- und Wagenpferde, um bei Bedarf leicht eingespannt zu werden. Dann kommen die viel größeren Umzäumungen, in denen die arden Herden aehen, Tau-lende von Kindern und Pferden! — Da läuft die Glade einer Madrinas, d. h. einer Stute, an die ein bestimmter Trupp Pferde, eine Tropilla, gewöhnt ist. Im nächsten Potero kommt eine Herde

Rosillos (junge Stiere) auf uns zu, und in der Ferne sehen wir unzählige Schafe weiden.

Seht ist der Camp noch grün und frisch, aber wehe, wenn die Landplagen kommen! Dürre und Heuschrecken — das sind die bösen Geister des argentinischen Landwirts. Die Dürre, wenn die grüne Scheibe gelb und braungrau wird, und unter ehernem Himmel alle Kreatur, Pflanze und Tier und Mensch, vergebens nach dem er-lösenden Regen stöhnt; die Heuschrecken, wenn der ganze weite Camp plötzlich lebendig wird von wahren Armeekorps, die Kilometer um Kilometer bedecken und nicht ein Hälmchen, nicht ein grünes Blatt hinter sich lassen. Ich sah vor mehreren Jahren einen Schwarm, der auf einer Estanzia in Corrientes für 200000 Pesos auf Samen gezogenen Maisfalten abtraf! — Jeder, der einmal einen solchen Schwarm gesehen hat, schüttelt sich und sagt, es sei etwas Grauen-haftes.

Wir reiten weiter und kommen an eine Laguna, die voll Wasser steht und ordentlich Wellen schlägt wie ein richtiger See. In dieser finden wir eine Eidechsenart, die im ausgewachsenen Zu-stande fast so groß ist wie ein Krokodil. — Hinter der Laguna be-ginnt ein Endchen schlechteres Land, Urcamp, mit buschigem Gras, des stellenweis über zwei Meter hoch ist und Mensch und Tier voll-ständig verdeckt. Der Boden ist hier undurchlässig, die feste Tosca tritt bis an die Oberfläche, und das Regenwasser bildet Lämpel und kleine Moräste. Hier ist noch ein Paradies für Jäger — Wildenten, Kiebitze und Rebhühner gehen hoch, und zumellen stört man auch einen Puma auf. Hat man Glück, sieht man an den Lämpeln Flamingos stehen.

Die Pferde treten vorsichtiger, da der ganze Boden von den Bauten der Piscachos (eine Fuchsart), Gürteltiere und Stintiere wie ein Sieb durchlöchert ist. Die Campferde vermeiden die Löcher mit einer verblüffenden Geschicklichkeit und brechen höchstens an einer unsichtbar unterwühlten Stelle ein.

Wir kommen zu dem Pflugcamp. Rössen begleiten die Ra-llonnen der Pflüger, die breiten eiskernen Diskussegenen je mit einem Fahrer und mit vier starken Gäulen davor und mit der Stillsch-keit von Artilleriebatterien, in Zügen von je vieren fahrend. Diese riesigen Streden erfordern eben eine Bearbeitung im großen. Diese Uckerer im Camp haben gerade kein weiches Leben, da kann man des Abends nicht zur weit entfernten Estanzia zurück. Vor Sonnen-aufgang beginnt die Arbeit, und des Nachts schläft alles, Arbeiter wie aussichtführender Capatag, bei der jeweiligen Arbeitsstelle, unter Wellblech oder Zeltleinwand auf dem Erdboden; die Estanzia liefert Fleisch und Mate (Te) heraus — der Koch sucht sich trockenen Mist und tocht draußen ab; Wasser muß von der nächsten „Mühle“ geholt werden.

Ich glaube, in Deutschland denkt sich manch einer das „freie argentinische Leben“ auch ein bißchen anders, als tags zwischen diesen endlosen Uckerfurchen und nachts in einer armenigen Hütte, zu der bel einem ordentlichen Regenguß das Wasser hereinläuft.

## Neue Fortschritte der Wissenschaft.

(Das zertrümmerte Diamantenatom. — „Flüssige Strahlen“, ein neues Heilmittel.)

Auf dem Gebiete der strahlenden Energie sind in den letzten Tagen in Wien und in Berlin bedeutende Fortschritte gemacht worden, die für die Entwicklung der Wissenschaft von höchster Be-deutung sind. In Wien ist es Professor Dr. Petherion ge-lungen, die Zertrümmerung der Atome durch Alfa-Strahlen, wie sie Rutherford gelehrt hat, so weit zu verbessern, daß es gelang, in einer Minute tausend Atome zu zertrümmern, wie Rutherford in einem Jahr vollbracht hatte. Bekanntlich hat Rutherford durch kleine, vom Radium ausgehende Geschosse die Atomkerne beschossen, wodurch es ihm hin und wieder gelang, einen solchen Atomkern zu zertrümmern. Es war nicht immer leicht, den Atomkern zu treffen, zumal der Atomkern zu dem gesamten Atom sich ungefähr verhält wie eine Erbse zu der Größe eines Saales. Die Methode Rutherfords wurde durch Petherion stark verbessert, und es gelang ihm, Kohlenstoffatome zu zertrümmern, wobei er für den Kohlen-stoff Diamantenatome als reinste Form des Kohlenstoffes gewählt hatte. Von Interesse ist eine Mitteilung, daß durch eine sinnreiche Einrichtung Professor Petherion es möglich machte, das Aufsprallen der Radiumstrahlen auf die Atome hörbar zu machen, und zwar so deutlich, daß es wie ein leises Gemehrfeuer im ganzen Saal ver-nommen werden konnte. Dies ist allerdings nicht sehr erstaunlich, wenn man daran denkt, daß es bereits gelungen ist, das Anrischen der Eisenatome hörbar zu machen, die sich bei Magnetisierung des Eisens innerhalb des Eisens gerade richten, um dadurch das Eisen magnetisch zu machen. Auch die Sphärenmusik der durch das Welt-all tausenden Sterne ist ja bereits mit Hilfe der feinen modernen Apparate hörbar gemacht worden. Der große Fortschritt Professor Petherions liegt darin, daß nunmehr die Zertrümmerung der Atome nicht zufällig erfolgt wie bisher, sondern in großem Maße durchgeführt werden kann. Die künstliche Zertrümmerung der Atome ist also einen bedeutenden Schritt vorwärts gekommen und damit die Möglichkeit, Energien in ungeheurer Maßstabe ohne Kohle zu gewinnen.

Ein anderer sehr wesentlicher Fortschritt der Wissenschaft, ins-besondere der Heilkunde, wurde vor einigen Tagen in einem Vor-trag des Professors Lazarus in der „Berliner Medizinischen Gesell-schaft“ mitgeteilt. Es gelang nämlich dem Professor Lazarus, die heilmwirkende Kraft des Thorium X und somit der strahlenden Energie dadurch dem Körper in viel konzentrierter Form zu-zuführen als bisher, daß er die Strahlen flüssig machte und dadurch gemäßigten die flüssigen Strahlen den tranken Stellen zuführte. Wir wissen, daß die harten, kurzwelligigen Strahlen des Radiums und der radiumhaltigen Stoffe in der Behandlung von Geschwülsten aller Art von großem Einfluß sind. Es sind schon vor diesen Jahren in Wien von Professor Bergell Versuche gemacht worden, diese strahlende und heilkräftige Energie dem Körper auf andere Weise zuzuführen, indem Umschläge hergestellt wurden, die in radium-bestrahltes Wasser getaucht waren. Die bisherigen Versuche waren aber ziemlich erfolglos. Nun hat Professor Lazarus Thorium X dadurch der Geschwulst zugänglich gemacht, daß es in Wasser auf-gelöst wurde. So konnten durch tropfenweise Einspritzung diese flüssigen Strahlen der tranken Geschwulst direkt zugeführt werden. Es wurden dadurch nicht nur trankhafte Geschwülste bei Ratten zum Verschwinden gebracht, sondern die Geschwülste hatten auch dadurch offenbar den tranken Charakter verloren, da es nicht mehr möglich war, diese Geschwülste zu überimpfen. Außerdem hat Professor Lazarus die flüssigen Strahlen dazu benutzt, die Ge-schwulst abzuschneiden, indem er die Strahlen um die Geschwulst herum auftrug und dadurch eine bindegewebeartige Kapself hervor-rief. Die Behandlung von Krebsgeschwülsten mit strahlender Ener-gie ist dadurch offenbar erheblich verbessert worden, zumal durch Versuche festgestellt wurde, daß die mit den flüssigen Strahlen be-handelten Krebsgeschwülste der Bestrahlung viel zugänglicher sind als gewöhnliche Geschwülste, denen nicht die flüssigen Strahlen in-fiziert worden sind.

Die Kuh mit dem Holzbein. Eine Kuh mit einem hölzernen Bein ist eine Sehenswürdigkeit, die sich auf dem Gut einer Wif Penrose in Clayfield in Neu-Südwales befindet. Das Tier brach sich, als es 18 Monate alt war, das eine Bein. Da das Glied, trotzdem es in Bandage gelegt wurde, nicht heilen wollte, so entschloß sich Wif Pen-rose, die eine tüchtige Tierärztin ist, das Bein abzunehmen und stellte für die Kuh ein künstliches Holzbein her, das sie ihr anlegte. Mit dieser Prothese befindet sich die Kuh sehr wohl. Sie ist jetzt acht Jahre alt, hat drei Kälber geholt und gibt sehr viel Milch.

